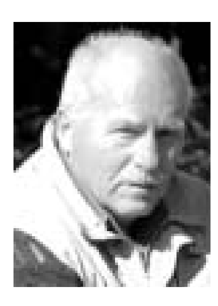
: antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 12.1.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rigolf Hennig: 9 Monate Haft

Der Verdener Neonazi Rigolf Hennig (Biografie unter www.heisenhof-dichtmachen.tk) wurde vom Landgericht Lüneburg zu 9 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Dies geschah aufgrund eines von ihm verfassten Artikels im „Reichsboten“, einem „Blättchen“ welches unter anderem von Hennig herausgegeben wird. Der Inhalt dieser Veröffentlichung stellt laut Gericht „eine schwere Verunglimpfung des Staates“ dar. Hennigs Uneinsichtigkeit und seine Versicherung, weiterhin solche Schriften zu veröffentlichen, bewog das Gericht dazu, seine Strafe nicht auf Bewährung auszusetzen. Jedoch muss er seine Zeit hinter Gittern aufgrund seines Alters von 71 Jahren nur im offenen Vollzug verbüßen. Es ist anzunehmen, dass Hennig Revision gegen das Urteil einlegen wird und der Prozess vorm Bundesgerichtshof landen wird.



Im September 2005 war Hennig noch als Direktkandidat der NPD Verden-Rotenburg angetreten. Verteidigt wurde Hennig von der Münchener Rechtsanwältin Sylvia Stolz, die sich regelmäßig während des Prozesses von dem ebenfalls anwesenden Horst Mahler beraten ließ. Natürlich waren auch zahlreiche Anhänger Hennigs und Mahlers vor Ort sowie die Verdener Neonazis Daniel Fürstenberg, Matthias Schultz, Malte Bormann, Manuel Goroncy und Sven Wellhausen und weitere Alt- und Neonazis. „Einer von ihnen soll einem Fotografen das Knie ins Gesicht gerammt haben; dieser sei nach der Urteilsverkündung von mehreren Neonazis angegriffen worden, so ein Zeuge des Geschehens.“

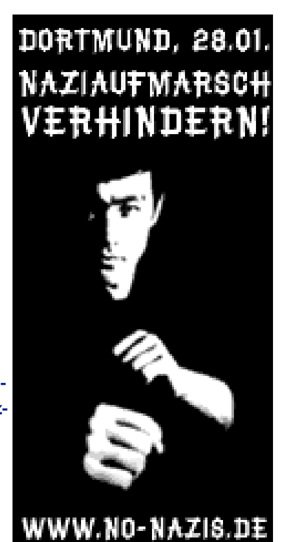
Recherche West, 28.12.2005, indymedia ■

Aus dem Inhalt:

Am 28. Januar 2006, einen Tag nach dem Auschwitz-Gedenktag, wollen Neonazis in drei Städten, Karlsruhe, Celle und Dortmund, gegen den § 130 des Strafgesetzbuches (Volksverhetzung) und für ihr Recht auf die Verherrlichung des Nationalsozialismus demonstrieren. In Dortmund treffen sich die Neonazis um 12:30 Uhr an der S-Bahn Station Do-Stadthaus. Das ‚Antifaschistische Bündnis 28.03.' ruft zu Protesten auf. Die Antifa-Gegendemonstration beginnt um 10:00 Uhr vor dem Hauptbahnhof.
Laufend aktualisierte Meldungen, den Aufruf, das gesamte Aktionsprogramm usw. gibt's auf der Homepage www.no-nazis.de

Freitag 27. Januar 2006: Informationsveranstaltung „Die Verherrlichung des Nationalsozialismus – Bedeutung, Aktualität und gesetzliche Gegenmaßnahmen.“ Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Union Dortmund in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland. 19:00 Uhr, Auslandsgesellschaft NRW, Steinstraße 48, Dortmund (nähe HBF)

Über die Vorbereitungen in Celle siehe Seite 8



Der Würzburger Singewettstreit:
Rechts spielt die Musik

Unter der harmlosen Überschrift „Würzburger Singewettstreit“ mag man kaum etwas Politisches vermuten. Tatsächlich ist dieser Singewettstreit aber nicht ganz so bieder, wie er daherkommt, denn auch rechte Gruppen nehmen regelmäßig daran teil.

Am 1. April 2006 werden sich wohl wieder an die 1.500 BesucherInnen (Eigenangabe) aus der Pfadfinder- und bündischen Bewegung in der unterfränkischen Stadt versammeln, um sich im Congress Centrum Würzburg einen Singe- und Instrumentalwettbewerb zu liefern. Dieses Happening entstand, als sich 1992 der traditionalistisch-konservative Teil vom Hamburger Singewettstreit abspaltete und einen eigenen Wettstreit organisierte. Dieser findet seit 1996 in Würzburg statt. Allem Anschein nach wurde der Würzburger Singewettstreit dabei als Alternative mit offener rechter Flanke zum Hamburger Singewettstreit organisiert. Denn das dabei vertretene Spektrum von bündischer Jugend und Pfadfinderschaft weist mehrere Gruppen auf, die als extrem rechts bzw. rechtsextrem einzuordnen sind. Einer dieser Protagonisten im extrem rechten Flügel der bündischen Jugend ist der Freibund e.V. mit Sitz in Göttingen. Nach außen hin versucht sich der Freibund als heimatliebender Jugendbund darzustellen. Doch der Nachfolger des 1958 gegründeten rechtsradikalen „Bund heimattreuer Jugend“[1] ist mehr als eine heimattümelnde wertkonservative Jugendorganisation. Der Freibund besitzt nachweislich Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus, so nahm er beispielsweise eine CD mit dem Neonazi-Musiker Sleipnir auf[2], und hat Kontakt zu dem revisionistischen „Collegium Humanum“[3] in Vlotho.

Ein weiterer Vertreter dieses extrem rechten Flügels ist die Deutsche Gildenschaft, die sich als studentische Gruppe in bündischer Tradition sieht und auch schon mal den neurechten Vordenker Alain de Benoist zum Vortrag lädt. Zwischen Gildenschaft und Freibund bestehen personelle Überschneidungen.

Auch andere kleinere stark rechtslastige Organisationen werden wohl wieder mit von der Partie sein. Dazu gehörten in der Vergangenheit: Der „Schwarze Adler“, die „Ubier“, eine rechte „Mädelschaft“, die dem belgischen „Vlaams Blok“ (heute: Vlaams Belang) nahe stehende Jugendgruppe „Vrjibeuters“ und der „Pfadfinderbund Weltenbummler“, der vom ehemaligen Führer der „Wiking Jugend Sachsen“, Franz Kaden, nach dem Verbot der neonazistischen Wikingjugend als Ersatzorganisation empfohlen wurde[4].

Nur als dubios kann der wohl ebenfalls wieder teilnehmende „Nerother Wandervogel“ mit seiner aristokratischen Organisationsform (von oben nach unten) und seinem elitären Verständnis

weiter Seite 3

Streit um Hoffmann

Grevenbroich. Michael Miersch, in der Vergangenheit auch Autor in der – kürzlich eingestellten – rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon", geht auf Distanz zur Zeitschrift „eigentümlich frei/ef-magazin" (ef). Nicht, weil dort in der Vergangenheit Interviews mit dem NPD-Chef Udo Voigt und dem Worch-Freund und Querfrontler Peter Töpfer abgedruckt worden waren.

Miersch, in der Vergangenheit Autor in „ef", kritisiert die Zeitschrift um ihren Herausgeber Andre Lichtschlag weil diese weiterhin Texte von Arne Hoffmann abdruckt. Der hatte im November dem islamischen Internetportal „Muslim-Markt" ein Interview gegeben, in dem er, laut Miersch, „antiisraelischen und antisemitischen Schrott" geäußert habe.

Hoffmann sei „nicht liberal", wenn er freundschaftliche Kontakte zu „Propagandisten des iranischen Mullah-Regimes" pflege. Von Hoffmann erschien im vergangenen Jahr ein Buch mit dem Titel „Warum Hohmann geht und Friedmann bleibt. Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser", das von der „Edition Antaios", dem Hausverlag des um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik", herausgegeben wurde. Beachtung fand das Buch auch in einschlägig neofaschistischen Publikationen. *hma* ■

Verhaftungen in Südtirol

Italien/Südtirol. Ende Dezember wurden in Südtirol acht Mitglieder des „Südtiroler Kameradschaftsringes" festgenommen. Ihnen wird die Gründung einer Neonazi-Organisation, Rassenhetze, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Falschaussage und üble Nachrede vorgeworfen. Mehrere der Festgenommenen sollen sich in SMS-Mitteilungen antisemitisch und antiitalienisch geäußert haben. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen wurden auch Wohnungen von Funktionären der am rechten Rand beheimateten „Union für Südtirol" (UfS) durchsucht. Dagegen protestierten führende Politiker der „Union für Südtirol", wie deren Chef Herbert Campidell und die UfS-Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz. Die hatte schon in den 80er Jahren beim neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) referiert. 1991 sprach sie auf den „Offenhausener Kulturtagen" die von dem mittlerweile verbotenen „Verein Dichterstein Offenhausen" organisiert wurden und im gleichen Jahr auch bei der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft" (ÖLM). Interviews gab Klotz bislang u.a. der „Jungen Freiheit", dem „Eckartboten" (heute „Der Eckart") und „Nation und Europa". *hma* ■

„SDV" kontolos

München/Frankfurt. Der ausländerfeindliche „Schutzbund für das deutsche Volk e.V." beklagt sich über die Postbank. Die hat dem 1981 gegründeten Verein, der über ein Postfach in Frankfurt/Main erreichbar ist, und vorgibt sich „für die Erhaltung des Deutschen Volkes in seiner Heimat und Kultur" einzusetzen, das Geschäftskonto gekündigt. In Flugblättern fordert der Verein u.a. „Rückführung statt Einwanderung" und ein „Repatriierungsgesetz", denn „das Lebensrecht unseres Volkes" müsse „durchgesetzt werden". *hma* ■

Bewegung sucht Führer

Rastatt. Die „Europäische Geldreformbewegung" um den betagten Albert Lämmel sucht einen neuen Vorsitzenden. Gesucht wird mit Anzeigen u.a. in der „Deutschen Sprachwelt" eine „untadelige Persönlichkeit", „kompetent in nationaler, sozialer, demokratischer Wirtschaftspolitik" und „Nichtraucher". Der 1917 geborene Lämmel war 1948 Mitgründer der „Ergokratischen Partei Österreichs". Nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik engagierte er sich u.a. für die „Demokratischen Sozialisten Deutschlands", die später in der extrem rechten „Unabhängigen Arbeiterpartei" (UAP) aufging. Lämmel gab verschiedene Publikationen, wie z.B. „reform", später „grüne reform" und „Der Schlüssel", heraus. Außerdem schrieb er für die neofaschistische Zeitschrift „Recht und Wahrheit" und das NPD-Organ „Deutsche Stimme". In letzterer u.a. über den nationalsozialistischen Zins-Gegner Gottfried Feder. *hma* ■

Freispruch für Ladislav Niznansky

München. Der angeklagte Ladislav Niznansky ist am Montag, 19.12. vor dem Landgericht München I freigesprochen worden. Die Richter sahen es nicht als erwiesen an, dass er für den Mord an 164 Zivilisten in der Slowakei gegen Ende des Zweiten Weltkriegs mitverantwortlich ist. Das Gericht sprach dem heute 88-jährigen Niznansky zudem eine Entschädigung für neun Monate Untersuchungshaft zu. Die Staatsanwaltschaft hatte lebenslange Haft gefordert. Niznansky war Hauptmann in der Spezialeinheit „Edelweiß", mit der die Deutschen gegen die Partisanen kämpften. In dieser Funktion trage er Mitschuld an den drei Massakern in der Slowakei im Januar 1945, erklärte Staatsanwalt Konstantin Kuchenbauer. In den Dörfern Ostry Grun und Klak waren 146 Menschen – darunter 48 Frauen und 48 Kinder – ermordet worden. Wenig später wurden in Ksinna 18 Juden getötet. Die Anklage warf Niznansky Mord in 20 Fällen, gemeinschaftlichen Mord in 126 Fällen und Mord durch andere in 18 Fällen vor. Kuchenbauer sah zudem eine besondere Schwere der Schuld.

Die Verteidigung hingegen plädierte auf Freispruch. Sein Mandant habe keine Befehlsgewalt ausgeübt, argumentierte Anwalt Steffen Ufer in seinem Plädoyer. Niznansky sei gar nicht in der Position gewesen, Tötungsbefehle zu geben. Ihn treffe keine strafrechtliche Schuld an den schrecklichen Massakern. Niznansky selbst hatte stets seine Unschuld beteuert. Während des Prozesses widersprach sich der Hauptbelastungszeuge. So musste die Staatsanwaltschaft sich vor allem auf ein Urteil aus der früheren Tschechoslowakei stützen. Dort war

Niznansky 1962 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Aus diesem Verfahren nutzte die Anklage im jüngsten Prozess Akten. Die Verteidigung stellte die Glaubwürdigkeit dieser Informationen in Frage. Anwalt Ufer bezeichnete das damalige Verfahren als reinen Schauprozess. Auch der Vorsitzende Richter in München, Manfred Götzl, zweifelte die Unabhängigkeit des Gerichtsverfahrens in der früheren Tschechoslowakei an. In diesem Prozess sei im Laufe der Beweisaufnahme nicht festgestellt worden, dass einer der Angeklagten am Massenmord an Zivilisten beteiligt war, erklärte Götzl. Die Richter hatten Niznansky damals wegen Hochverrats verurteilt. Der Prozess in Deutschland rollte alles noch einmal auf. Nach mehr als 15 Monaten folgten die Richter nun mit ihrem Freispruch dem Antrag der Verteidigung.

„Der Angeklagte hat keine Erschießungen vorgenommen, es konnte auch nicht festgestellt werden, dass er den Befehl dazu gegeben hat", fasste der Vorsitzende Richter Manfred Götzl die Ergebnisse des Prozesses zusammen. Es sei um den Vorwurf des Mordes gegangen – nicht um Brandlegung, Körperverletzung und andere Delikte, betonte der Richter. Diese Delikte wären inzwischen verjährt. Götzl wies zudem darauf hin, „dass es kaum noch Zeugen gibt, von denen das Gericht sich einen unmittelbaren Eindruck hätte machen können".

Indymedia 20.12.05 ■

Nach Prügelei: Haftstrafe für NPD-Kandidat

ITZEHOE. „Jetzt ist der Ofen aus!" mit diesen Worten kommentierte Amtsrichter Andreas Wagner das Strafregister des Kieler Ex-NPD-Kandidaten Peter von der Born nach dem letzten Vorfall. Bei einem Angriff auf Antifaschisten am Rande des NPD-Landesparteitages im Hotel „Zur Steinburg" in Steinburg hatte der 30-jährige Gerüstbauer im vergangenen Dezember einen am Boden liegenden Demonstranten mit Füßen traktiert. Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde von der Born nun zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt – ohne Bewährung.

Vor dem Richter gab von der Born das Unschuldslamm. Er sei für die Veranstaltung zum NPD-Wahlkampfauftakt als stellvertretender Leiter des parteieigenen Ordnungsdienstes (weißes Hemd, schwarze Hose, israelische Armeestiefel) eingeteilt gewesen. Aus einer gegenüber der „Steinburg" stehenden Protestgruppe seien Flaschen und Steine geflogen. Er, so versicherte von der Born, habe einen der Steinewerfer lediglich von der anderen Straßenseite aus im Auge behalten – „um ihn festnehmen zu können".

Die als Zeugen aufgebotenen Zivilstreifen von der Polizeiinspektion Heide

Fortsetzung von Seite 1

bezeichnet werden. Dass derlei undemokratische Formen die Verbindung zu anderen undemokratischen Organisationen suchen, ist nur logisch. So verwundert es nicht, dass Fritz-Martin Schulz – Bundesführer auf Lebenszeit (!) – der Rechtspostille „Junge Freiheit" ein ausführliches Interview gab[5].

Trotz einer innerbündischen Kritik[6] am Verhalten der Veranstalter wurde bis jetzt keinerlei Abgrenzung nach Rechts vorgenommen. Innerhalb der ‚bündischen Szene' in Würzburg wird vielmehr eine Art von Burgfrieden propagiert:

„Würzburg will über das einende Band des Singens und Musizierens nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zwischen den Gruppen und Bünden betonen." [7]

Dass die Veranstalter sehr wohl wissen dürften, wer sich da unter ihren Gästen befindet, dürfte folgender ausdrückliche Hinweis zeigen:

„Es dürfen keine verunglimpfenden Lieder gesungen werden, wie z.B. Lieder, die ein Volk, ein Geschlecht, eine Religion oder eine Person verunglimpfen."[8]

Doch auch wenn der Freibund nun auf das Horst-Wessel-Lied und dergleichen verzichten muss und nur wie ein Trachtenverein auftritt, profitiert er von der Tolerierung durch die Veranstalter. Bereits in den vergangen Jahren soll der Freibund diese Plattform geschickt benutzt haben, um sich auf der einen Seite „gesellschaftsfähig" zu machen und auf der anderen Seite für seine Ziele zu agitieren.

Strenge Hierarchien, uniformes Auftreten und eine, besonders in der christlichen Pfadfinderschaft, weit verbreitete Homophobie[9] könnten sich für derlei Agitation durchaus als fruchtbarer Boden erweisen. Bei alledem verwundert es nicht, dass die CD mit Mitschnitten vom 5. Würzburger Singewettstreit 1996 von dem rechten Mailorder „Die Schallquelle" (Kempten) vertrieben wird[10].

Die übliche Argumentationsweise, nämlich Hinweise auf die bündische Geschichte, werden dem Veranstalter des Singwettstreits 2006, dem Pfadfinderring Bayern e.V., kaum helfen. Zwar verhielten sich einige Bündische gegenüber den Nationalsozialisten renitent bis widerständig, aber bereits vor 1933 vertraten viele Mitglieder bündischer Jugendorganisationen völkische Ansichten.

T. Lenk

Anmerkungen

1 Margaret Chatwin: Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
2 Der Freibund: Völkischer Wolf im bündischen Schafspelz, Antifaschistisches Info Blatt Nr. 59 (Sommer 2003)
3 Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Seite 228
4 siehe: afa13.antifa.net/Article12.html
5 Antje Lang-Lendorff: 100 Jahre trampen, singen, frei sein, in: taz Berlin lokal Nr. 6591 vom 3.11.2001
6 Fröschel (Stamm Gralsritter): Gedanken zum Würzburger Singewettstreit, 21.05.2005
7 siehe: home.arcor.de/singewettstreit/index.html
8 home.arcor.de/singewettstreit/wuerzburgersingewettstreit.html
9 Forum Frauenliebe in den Bünden – ein Eindruck, Leserbrief
10 www.die-schallquelle.de/produkte.html

Quellen:

Michael Kellner: Singwettbewerbe mit zackigen Liedern, BNR-Ausgabe 13/1996
Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Freibund, Seite 227-229
Der Freibund: Völkischer Wolf im bündischen Schafspelz, Antifaschistisches Info Blatt Nr. 59 (Sommer 2003)
www.klick-nach-rechts.de/ticker/2003/07/freibund.htm
Antje Lang-Lendorff: 100 Jahre trampen, singen, frei sein, in: taz Berlin lokal Nr. 6591 vom 3.11.2001, Seite 36
Fröschel (Stamm Gralsritter): Gedanken zum Würzburger Singewettstreit, 21.05.2005
home.scoutnet.de/froeschel/singewettstreit.html
Margaret Chatwin: Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
lexikon.idgr.de/b/b_u/bund-heimattreuer-jugend/bhj.php
Archivgruppe: „Liedg(l)ut" - zwischen Neonazismus und bündischer Tradition, Juli 2003
www.antifa-west.org/x05nazis/liedglut
Seiten des „Verlages der Jugendbewegung"; Vernetzungs-HP bündischer Gruppen
www.jugendbewegung.de/doku.php?id=termine:wuerzburger_singewettstreit
Diskussion: Rechte in der Bündischen Bewegung
waldjugend.wtal.de/forum/thread.php?threadid=683&boardid=3&styleid=4&sid=a82975cfe72a4e0955c9422f36d744c5
Forum Frauenliebe in den Bünden - ein Eindruck, Leserbrief
ww.geocities.com/forum_frauenliebe/VERO-EFF-Bettina.html
HP zum Singewettstreit
www.singewettstreit.de/

rechtslastige Quellen:

HP des Freibund e.V.: www.freibund.de
www.buendischejugend.de
Freibund Berlin:www.berlin.gmxhome.de/neuigkeiten.htm
rechte „Pfadfinder-Initiative"
dol2day.com/index.php3?position=14000&ini_id=46
Deutsche Gildenschaft
www.deutsche-gildenschaft.de
Hans Köper: Singewettsteit: In Würzburg trafen sich Pfadfindergruppen, in: Junge Freiheit 10/99 05. März 1999
www.jf-archiv.de/archiv99/109aa34.htm
Claus-M. Wolfschlag: Zeitschriftenkritik: Na klar! – Bündische Globalisierungsgegner
www.jf-archiv.de/archiv01/481yy34.htm
Pietro Belcampo: Eine rebellische und romantische Jugend entdeckte die Natur und sich selbst, in: „Deutsche Stimme"
www.deutsche-stimme.de/Sites/01-02-Wilde-Gesellen.html

sagten allerdings gegen von der Born aus: Der Angeklagte habe gemeinsam mit Gesinnungsgenossen auf einem am Boden liegenden Demonstranten eingetreten. Dieser habe – nach übereinstimmenden Zeugenaussagen – einer von NPD-Ordnern ebenfalls heftig attackierten jungen Frau zu Hilfe kommen wollen. „Die prügelten an allen Ecken und Enden", gab der Zivilstreife die Lage wieder. Als ein Nazi mit einem Stuhl auf sein Opfer losgehen wollte, habe er zwei Signalschüsse aus der Dienstwaffe abgegeben. Kurz vor seiner Festnahme wog von der Born sich noch in Sicherheit und habe gesagt: „Gut, dass die Polizei mich nicht gesehen hat. Sonst wäre meine Bewährung flöten."

Das Opfer aus Neumünster konnte sich nur noch daran erinnern, dass es zu Boden geworfen wurde und massive Prellungen davon trug. Richter Wagner attestierte von der Born „ein gewisses Maß an Verrohung". Entscheidend für das Strafmaß seien letztlich die Vorstrafen. Innerhalb von vier Jahren war das ehemalige NPD-Landesvorstandsmitglied mehrmals wegen Körperverletzung, aber auch wegen Landfriedensbruch, Beleidigung, Diebstahl und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen jeweils zur Bewährung verurteilt worden. Auch die Tatsache, dass er einen festen Arbeitsplatz habe und in neun Wochen Vater werde, lasse keine günstige Prognose mehr zu. Kritik gab es auch von Seiten des Richters an der Einsatzplanung. Diese wäre nicht auf die Gefahrenlage zugeschnitten gewesen. Eine der Zivilstreifen dazu: „Der Eindruck täuscht nicht."

Die Vermutung, dass man auf Grund des günstigen Kräfteverhältnisses für die Nazis erst im letzten Moment einschritt, ist aber auch nicht ganz von der Hand zu weisen. *rua* ■

Norddeutsche Rundschau v. 23.11.05

NPD-Genrationenwechsel bei der NPD Hamburg

HAMBURG. Auf dem Landesparteitag der NPD in Hamburg am 27.11.05 hat ein Generationenwechsel stattgefunden. Der langjährige Landesvorsitzende Ulrich Harder, erklärter Gegner der Öffnung der NPD hin zu den Freien Kameradschaften, trat ab und die 34-jährige Pädagogikstudentin Anja Zysk wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie ist die erste Frau in dieser Position, kommt aus NRW und bedient sich einer nationalrevolutionären Phraseologie. Die NPD konstatiert einen „Willen zur Veränderung" auf ihrer Homepage, und mit Zysk wird nun ein mehr aktionistischer und neonazistischer Kurs des Hamburger Landesverbandes möglich, das durchschnittliche Alter des Vorstandes und der Beisitzer hat sich deutlich verjüngt. Dass die NPD auch in Hamburg zum Sammelbecken verschiedenster Spektren der Rechten wird, zeigt sich an Übertritten aus der DVU sowie an der Kandidatur der 66-jährigen Karin Werner zur letzten Bundestagswahl, sie war zuvor in der Pro DM/Schill-Partei von Richter Gnadenlos. *erk* ■

Neonaziterror in Meerane

MEERANE. Erneut ist auf das Gebäude des ehemaligen Landtagsabgeordneten der PDS und antifaschistischen Sprechers Uwe Adamczyk ein Anschlag verübt worden: In der Nacht vom 27.12. zum 28.12.2005 gegen 0:15 Uhr wurde ein Schaufenster des Gebäudes in der Annenstr. 20/22 in Meerane offenbar von rechtsorientierten Personen eingeschlagen mittels eines Bierglases. Bereits in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 2005 wurde schon einmal ein Schaufenster in diesem Gebäude auch durch rechtsorientierte Personen eingeschlagen bzw. eingetreten. Der entstandene Sachschaden beider Angriffe wird auf über 1.000,00 Euro geschätzt. Beide Angriffe wurden bei der Polizei angezeigt. Der Besitzer des Gebäudekomplexes, Uwe Adamczyk, hat im Frühjahr des Jahres 2005 diesen Gebäudekomplex erworben, um sich hier eine neue Existenz nach dem Ausscheiden aus dem Sächsischen Landtag aufzubauen. In dem Komplex sollen einmal eine gastronomische Einrichtung mit Internetcafé und Billiard entstehen. Darüberhinaus sollen die vorhandenen Wohnungen hergerichtet werden sowie Büroräume.

Seit etwa November 2005 haben Jugendliche im Alter von 16 – 25 Jahre, insbesondere aus dem Gymnasium der Stadt Meerane dort eine Bleibe gefunden die ansonsten im Straßengebiet der Stadt Meerane mehr oder weniger ihren Freizeitbereich suchten. Sicher betrachtet man dieses Projekt in der Öffentlichkeit, aber insbesondere in der Nachbarschaft mit Argwohn, weil man Probleme mit den jungen Leuten fürchtet. Diese Jugendarbeit wird momentan staatlich bzw. kommunal nicht finanziell gefördert, sondern die Jugendlichen selbst richten sich ihren Clubraum ein und finanzieren diesen auch. Die Jugendlichen und der Inhaber des Gebäudes sind bemüht, sich an die allgemeinen öffentlichen Verhaltensregeln zu halten, wobei nicht verschweigen werden soll, dass das gegenwärtige Miteinander noch zu wünschen übrig lässt und es hier noch Verständigungsbedarf gibt.

Von Anfang an war jedoch klar und auch gewollt, das rechtsorientierte Personen für diese Räumlichkeiten keinen Zutritt erhalten. Nicht selten wurden insbesondere die jetzt in dem Gebäude weilenden Jugendlichen in der Vergangenheit immer wieder von örtlichen rechtsorientierten Jugendlichen angegriffen und teilweise auch verletzt. Seit der Nutzung des Gebäudes durch die Jugendlichen haben sich immer wieder rechtsorientierte Personen teilweise gewaltsam Zutritt zu dem Gebäude verschafft und teilweise versucht zu randalieren. Die Anwesenden wie auch der Inhaber wurden dabei angepöbelt und bedroht.

Nach dem Einzug der rechtsextremen NPD in den Sächsischen Landtag scheint auch in Meerane ein härterer Kurs dieser Partei gefahren zu werden. Mit der Eröffnung eines Wahlkreisbüros in der Äußeren Crimmitschauer-Str. durch die NPD-Abgeordnete Gitta Schüßler aus Limbach-Oberfrohna und ihres persönlichen Mitarbeiters Herr Gentsch aus Meerane scheint man nun hier eine neue Basis der NPD aufbauen zu wollen nach dem Prinzip der national befreiten Zonen. Sinngemäß zitiert äußerte sich Gentsch: „Nun soll ja auch hier bei uns ein antifaschistisches Jugendzentrum entstehen – wir haben ihnen aber schon mal eine Lektion unseres Widerstandes erteilt". Und immer wieder werden die Schaufenster mit NPD-Aufklebern geziert.

Was auch immer die NPD u.a. rechtsorientierte Kräfte in der Region unter antifaschistischem Jugendzentrum verstehen wollen, davon scheinen die hier im Gebäude sich aufhaltenden Jugendlichen weit entfernt zu sein. Sie wollen sich hier in ihrer Freizeit treffen und etwas Spaß haben, sie distanzieren sich aber eindeutig von rechtsorientierten und rassistischen Personen und Parolen.

Die Polizei versucht nun die Täter zu ermitteln. Zu hoffen bleibt, dass diese Ermittlungen nicht im Sande verlaufen. Aber auch die Bürger selbst sind zu mehr Zivilcourage aufgerufen. Rechtsextremen und rassistischen Parolen und Verhaltensweisen muss eindeutig Einhalt geboten werden. Uwe Adamczyk, aber auch die Jugendlichen wollen sich von diesen Rechten nicht einschüchtern.

nach der Pressemitteilung von Uwe Adamczyk, 28. Dezember 2005, gekürzt
email: UweAdamczyk@t-online.de ■

Nippesser Psychiater führender Kölner Neonazi

KÖLN. Nur wenige Wochen nachdem die neofaschistische Vergangenheit des CDU-Funktionärs und Rösrather Stadtverordneten Thomas Hartenfels der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, bahnt sich in Köln ein neuer Neonazi-Skandal an. Der in Nippes praktizierende Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie Diplom-Psychologe Benedikt Frings ist seit Sommer 2005 stellvertretender Vorsitzender und Kreisgeschäftsführer der NPD, für die er auch zu Wahlen kandidierte. Damit nicht genug: In einem Gastkommentar im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme" (Ausgabe

11/2005) erläutert er seinen Übertritt von der CDU in die Nazipartei u.a. mit Begriffen aus seinem Beruf: „Die Holocaust-Anti-Religion und die Kriegsschuldthese hat das deutsche Volk kollektiv neurotisiert und so absichtsvoll wehrlos gemacht“.

Die VVN/BdA Köln ist empört darüber, dass ein Mann, der antisemitische und revisionistische Kommentare veröffentlicht und seine faschistischen Ansichten mit Begriffen aus der Psychologie begründet als niedergelassener Facharzt für Psychiatrie in Köln praktizieren darf. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der massenhaften Ermordung psychisch kranker Menschen durch die Nazis und der Hilfe, die Psychiater dabei geleistet haben, sind Frings Auslassungen mehr als skandalös. Sie sollten Grund genug sein, ihm die Zulassung als niedergelassener Arzt zu entziehen. *tri* ■

Ludwig Baumann am 27.1.06 in Köln

KÖLN. Am Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz findet in Köln seit vielen Jahren eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus in der Antoniterkirche statt mit anschließendem Mahngang zu einem der Erinnerungsorte an NS-Verfolgte. In diesem Jahr werden die Wehrmachtsdeserteure im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen. Als Redner wurde deshalb Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz, eingeladen.

Auf Hitlers Weisung „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ wurden über 30.000 Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Über 22.000 Todesurteile wurden vollstreckt. Gegen mehrere 10.000 wurden Zuchthausstrafen verhängt.

Überlebt haben das Grauen in den Konzentrationslagern und in den Strafbataillonen nur wenige. Für diese Menschen war das durch die Alliierten – sowjetische, amerikanische, britische und französische Truppen – herbeigeführte Kriegsende die Befreiung von Qual, Todesdrohung und Menschenverachtung. Die meisten von ihnen waren körperlich und seelisch zerbrochen und hofften auf eine bessere Zukunft in einem demokratischen Deutschland. Aber sie wurden weiterhin nur als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht, und von Anerkennung und Entschädigung ausgeschlossen.

Am 20. Oktober 1998 wurde beschlossen, das Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile für Wehrmachtsdeserteure zu verbessern. Erst am 17.5.2002 trat das neue Gesetz in Kraft, das die Nazi-Urteile wegen Desertion/Fahnenflucht oder „Wehrkraftzersetzung“ aufhob.

aus dem Aufruf zum 27.1.2006 ■



Es war kein Einzeltäter ohne politischen Hintergrund – Weitere Zeitbomben ticken

DORTMUND. Der Ausgang des Prozesses um den Mord eines 17-jährigen Skinheads an dem 32-jährigen Thomas Schulz, genannt Schmuddel aus der Punkerszene, hat die Befürchtungen bestätigt, die Antifaschistinnen und Antifaschisten haben konnten. So sehr das Recht auf Ausschluss der Öffentlichkeit für jugendliche Straftäter anerkannt werden muss, so fragwürdig war und blieb das Herangehen an die Problematik dieses Falles durch manche Prozessbeteiligte, vor allem durch die Verteidigung und den Vorsitzenden Richter. Dieser hat seine offenkundige Befangenheit bereits bei Prozessbeginn in die Worte gekleidet, er bezweifele, dass es sich um einen politischen Prozess handelt und er bezweifele auch, dass ein 17-jähriger „gefestigte politische Überzeugungen“ haben könnte. In der Urteilsbegründung wird der Täter zum Menschen ohne jede politische Überzeugung; er wird milde bestraft: Kein Mörder. Der Verteidiger redete wie ein Sympathisant der Neonazis, indem er die Darstellung wählte – bekannt aus ähnlichen Fällen –, nach der das Opfer den Täter verbal provoziert habe und dieser dann erst das Opfer niederstach. Das Opfer ist schuldig – ein Naziprinzip.

Der Täter hatte ein Messer dabei, „weil das in der Szene eben üblich ist“, räumte der Anwalt gegenüber der „Westfälischen Rundschau“ vom 21.9.05 ein. Diese Szene ist aber eine politische, eine rechtsterroristische. Und die verteidigt der Verteidiger bis zum faktischen Parteiverrat; denn der angeklagte Mörder durfte nur ja nicht nazistische Hintermänner haben, die es zu schützen galt. Da riskierte man lieber eine schärfere Verurteilung, die aber bei diesem Vorsitzenden Richter nicht erfolgte.

„Schmuddel“ hatte eben kein Messer, das ist der große Unterschied. Das ist in seiner Szene eben so üblich! Und die ist auch politisch, nazifeindlich, antifaschistisch im weitesten Sinne. Aber es durfte ja kein politischer Prozess sein, obwohl er es war. Augenzeugen der Mordtat haben berichtet, dass es der Täter war, der das Opfer nach Naziart als Zecke beschimpfte, um dann das hinterm Rücken heimtückisch verborgene Messer hervorzuziehen und zuzustechen. Aber diese Augenzeugen wurden nicht als Prozesszeugen vorgeladen! Sie hätten im Prozess die politische Dimension sichtbar machen können.

Und sie hätten aufgezeigt, dass es genau dieser nachlässige Umgang mit Nazitätern ist, der die Menschen in Dortmund gefährdet. Indem der Mord an Schmuddel zur Tat eines Einzeltäters wird – und die Schuld der Naziszene geleugnet wird – bleibt das hauptsächliche Gefahrenpotenzial ausgeblendet, – und es wirkt weiter. Es wirkt weiter wie nach dem dreifachen Polizistenmord des Jahres 2000: Der Täter gab sich die Kugel und war weg, wie jetzt der Täter weggeschlossen ist. Und die Borchardt und Co blieben und bleiben.

So kann uns die Geschichte aufgetischt werden, dass ein „unpolitischer Prozess“ ausreichte, um die Gefahr, die allein vom Täter ausgeht, zu bannen. Doch dessen „Szene“, in der Messer und Messerstechen üblich sind, das ist die Neonaziszene. Und die hat sich zum Täter und zur Tat unmissverständlich bekannt, als sie Plakate in Dortmund klebte: „Wer sich unserer Bewegung in den Weg stellt, der muss mit Konsequenzen rechnen.“ In anderen Aufrufen, rief sie zur „Bestrafung“ von Nazigegnern auf. Dann wurde also Schmuddel bestraft – es war die Todesstrafe.

Weitere Zeitbomben aus der rechten Szene laufen durch unsere Stadt. Und weitere Pyromanen, welche die Zeitbomben auslösen, laufen frei herum, bleiben unbehelligt. Sie dürfen sich durch diesen Prozess ermutigt fühlen. Sie dürfen weiter schreien: „Dortmund ist unsere Stadt.“ Sie dürfen – wie am 3. September – durch Dortmund marschieren unter der Losung „Nie wieder Krieg“, der dann der Redner hinzufügt: „... nach unserem Sieg.“ Erst wenn der NS, „der Nationale Sozialismus“ (Borchardt), weltweit gesiegt hat und wenn das „auserwählte Volk“ im Jenseits sei, dann werde Friede sein.

Wie die Staatsanwaltschaft jetzt mitteilte, hat sie Revision gegen das Urteil eingelegt. *Ulrich Sander, Sprecher der VVN-BdA NRW* ■

Chefredakteurin ist auch „Außenministerin“ in der „Reichsregierung“

Verbindungen des Esoterik-Magazins „Magazin 2000“ weisen klar ins ultrarechte Lager

von Thomas Klaus

Wer an Außerirdische, Esoterik und ähnliche Phänomene glaubt, hat an der Zeitschrift „Magazin 2000“ (Untertitel: „Kosmos, Erde, Mensch“) vermutlich seine helle Freude – zumal die umständliche Suche nach dem aufwändig gestalteten Magazin in der Regel entfällt. Ohne weiteres ist es nämlich im gut sortierten Bahnhofsbuch- und Zeitschriftenhandel zu bekommen. Doch für das seit 1979 publizierte Blatt sollte man sich anscheinend auch dann interessieren, wenn man rechtsextremistische Entwicklungen im Auge behalten will und keine UFO-Landungen.

So werden in der Ausgabe November/Dezember 2005 des „Magazins 2000“ unter anderem zwei Bücher aus dem ultrarechten Arndt-Verlag und das Pamphlet „Kriegsursachen, Kriegsschuld“ von Helmut Schröcke vorgestellt. Schröcke ist als Autor in diversen rechtsextremistischen, geschichtsrevisionistischen Zeitschriften wie „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ und „Code“ hervorgetreten. Sein Buch „Kriegsursachen, Kriegsschuld“ spricht Deutschlands Führungen von der Verantwortung für die beiden Weltkriege frei. Erschienen ist es im „Verlag für ganzheitliche Forschung“ von Roland Bohlinger, Verfasser des in rechtsextremistischen Kreisen sehr beliebten Werkes „Die Bankiersverschwörung“.

Bohlingers Verlag lässt nicht nur bekannte Holocaustleugner wie Paul Rassinier oder David Irving zu Wort kommen. Er offeriert auch Nachdrucke einer achtbändigen Reihe mit dem Titel „Forschungen über das Judentum“. Diese Reihe wurde von 1936 bis 1943 von der „Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ herausgegeben.

„Deutschland musste vernichtet werden“

Das „Magazin 2000“ erscheint sechsmal jährlich im Argo-Verlag im bayerischen Marktoberdorf. Als Chefredakteurin und Herausgeberin zeichnet Ingrid Schlotterbeck verantwortlich. Die Aktion für Geistige und Psychische Freiheit (AGPF) lastet ihr beziehungsweise ihrem Printorgan zeitweilige Kontakte zum Imperium von Lyndon LaRouche an, der in der Bundesrepublik beispielsweise in Form der totalitären, rechtsstehenden „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ und des „Schiller-Institutes“ agiert. Ferner ließ Frau Schlotterbeck nachweislich Texte aus der ultrarechten Zeitschrift „Nation Europa“ nachdrucken und gestattete Anzeigen der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“. Die hatten nach Recherchen der Journalistin Astrid Lange von der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf sogar Kontakte zur rechtsterroristischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), während Frau Lange „Nation Europa“ als „chauvinistisch, antisemitisch und rassistisch“ beurteilt.

Unter den Autoren des „Magazins 2000“ findet sich auch Albrecht Jebens, einer der wichtigsten Vertreter in der Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus. Er war Geschäftsführer des erzkonservativen „Studienzentrums Weikersheim“ und Vorstandsmitglied der rechtsextremistischen, vom Verfassungsschutz beobachteten „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP).

Weniger bekannt als Jebens, aber dafür überdeutlich lässt sich Horst Werner in einem Artikel mit der Überschrift „Hinter den Kulissen der neuen Weltordnung“ vernehmen. Darin schreibt er mit Blick auf das Naziregime und unverkennbarer Anspielung auf jüdische Kreise: „Deutschland war antikapitalistisch und antikommunistisch und somit ein natürlicher Feind der kommunistischen und kapitalistischen Internationale. Es musste vernichtet werden, diesmal aber gründlicher und totaler als im ersten Weltkrieg.“

Zusätzlich zu den sechs regulären Ausgaben des „Magazins 2000“ sind jährlich bis zu sechs Spezial-Hefte vorgesehen.

Eine noch immer verbreitete Sonderausgabe „Phantomstaat BRD“ des „Magazins 2000“ ist von einer Huldigung für die „Kommissarische Reichsregierung“ des Berliners Wolfgang Ebel geprägt. Der lässt sich als „Reichskanzler“ und „Generalbevollmächtigter des Deutschen Reiches“ feiern – etwa in einem seitenlangen Interview mit Ingrid Schlotterbeck. Die ist ihres Zeichens „Außenministerin“ in Ebels Kabinett, während ihr Ehemann Rolf als „Wirtschaftsminister“ agiert. Der frühere Reichsbahnbeamte Wolfgang Ebel, der aufgrund seiner ärztlich festgestellten Schuldunfähigkeit nicht strafrechtlich verfolgt wird, bekleidet in der „Reichsregierung“ noch andere Ämter – natürlich auch das des „Reichsverkehrsministers“. Obwohl somit vermutlich ausgelastet, sorgt er außerdem für einen schwunghaften Handel mit Personalausweisen, Reisepässen, Kfz-Schildern und ähnlichen Dokumenten des „Reiches“. Darüber hinaus bieten Ebel und seine Gleichgesinnten Ausbildungskurse zum „reichsrechtlichen Rechtsachverständigen“ an. („Die derzeitigen vermeintlich grundgesetzlichen Rechtsanwälte sind Straftäter, da sie die Bürger nicht über die Rechtslage der imaginären Bundesrepublik aufklären ....“)

Juristisch „geübt“ sehen sich auch die Mitglieder des „Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich“, die bereits diverse „Todesurteile“ wegen Hochverrats verhängt haben.

Lob für Holocaust-Leugner

So versponnen wie sich das alles zuerst anhören mag, ist es womöglich nur auf den ersten Blick. Die „Kommissarische Reichsregierung“ Ebels wird vom niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet. Der Berliner Verfassungsschutz observiert ebenfalls, ordnet die „Reichsregierung“ dem „rechtsextremistischen Milieu“ zu.

Wie es seitens des Verfassungsschutzes heißt, bemühen sich Ebel und seine Mannen um Kontakte zu Rechtsextremisten – und das nicht ohne Erfolg. Beispiel: Im Dezember 2003 war Uwe Bradler, „Ministerialdirektor“ und Pressechef in Ebels Kabinett, Hauptredner einer Wintersonnenwenden-Feier auf dem Anwesen des Rechtsterroristen Manfred Roeder. Dort traten unter anderem auch ehemalige Kader der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA) Michael Kühnens auf; judenfeindliche Lieder wurden gesungen und entsprechende Texte vorgetragen. Mittlerweile hat sich Bradler, vorbestraft wegen Volksverhetzung und Verbreitung kinderpornografischer Schriften, Ebel ab- und der konkurrierenden „Exilregierung Deutsches Reich“ zugewandt.

In besagter Sonderausgabe zum Thema „Phantomstaat BRD“, in der Wolfgang Ebel und seine „Reichsregierung“ im Zentrum stehen, sind ebenfalls zahlreiche wohl wollende Besprechungen von Büchern aus rechtsextremistischen Verlagen abgedruckt. Beispielsweise wird der Holocaust-Leugner David L. Hoggan als „der Begründer des wissenschaftlichen Revisionismus in der Zeitgeschichte“ gewürdigt. Und sein Buch „Der erzwungene Krieg“ erhält den Stempel „Schicksalsbuch für Europa und das deutsche Volk“. Angepriesen werden unter anderem auch die Bücher „Die Jahrhundert-Provokation“ des Holocaust-Leugners Paul Rassinier, „Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923“ von Georg Franz Willing (Träger der „Hutten-Medaille“ der „Gesellschaft für freie Publizistik“, GfP) - und das Buch „Deutschland soll deutsch bleiben“ des ehemaligen CDU-Spitzenpolitikers Heinrich Lummer („Er tritt für die Erhaltung des deutschen Volkes und dessen Kultur ein und unterstreicht das Recht der Deutschen auf ihre angestammten Siedlungsgebiete“). Heraus kam das Werk des einstigen Berliner Innensenators im Hohenrain-Verlag, seit Jahren Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes.

Thomas Klaus

Internet: http:/www.klaus-presse.de ■

Der 65-jährige Lyoner Regionalparlamentarier des rechtsextremen Front National (FN), Georges Theil, könnte der erste Franzose werden, der wegen eines Tatbestands im Zusammenhang mit der Verbreitung der „Auschwitzlüge“ ins Gefängnis muss. Am Dienstag, 3. Januar 06 wurde er – zum wiederholten Male – wegen solcher Äußerungen verurteilt.

Frankreich: Erstmals Holocaust-Leugner im Gefängnis?

Rechtsextremer Parlamentarier verurteilt

Theil hatte am 14. Oktober 2004 im Parlament der Region Rhône-Alpes, in Lyon, auf dem Flur gegenüber einem lokalen Fernsehteam wörtlich erklärt, die Gaskammern seien „abgeschottete Kammern zur Desinfektion“ gewesen und: „Je mehr Zyklon B die Deutschen benutzten, desto mehr Leben retteten sie“ (sic). Die Vergasung von Menschen sei „eine chemische und physikalische Unmöglichkeit“. Dafür erhielt er jetzt vor dem Strafgericht erster Instanz in Lyon sechs Monate Haft ohne Bewährung plus 10.000 Euro Geldstrafe und muss zusätzlich 33.000 Euro an elf Antirassismus- oder Menschenrechtsgruppen (die alle als Nebenkläger aufgetreten waren) bezahlen.

Die Auslassungen des Abgeordneten des Front National erfolgten drei Tage, nachdem dessen „Generalbeauftragter“ (délégué général) Bruno Gollnisch – „Nummer zwei“ in der Parteihierarchie hinter dem „Chef“ Jean-Marie Le Pen – auf einer Pressekonferenz in Lyon erklärt hatte, ob und wie viele Menschen in den NS-Vernichtungslagern gestorben seien, müsse Gegenstand einer „freien Debatte unter Historikern“ sein. Durch diese Äußerungen, für die er nicht einmal irgendeinen „Anlass“ hatte (die Pressekonferenz war eigens anberaumt worden), wollte Gollnisch sich wohl innerparteilich im Rennen um die Nachfolge des alternden „Chefs“ und Gründervaters Le Pen profilieren. Doch für diese offene Anzweiflung des Holocaust, oder jedenfalls seiner realen Dimensionen, wird Gollnisch selbst sich am 23. Mai dieses Jahres vor einem Strafgericht in Lyon verantworten müssen. Bruno Gollnischs Immunität als Angehöriger des Europaparlaments wurde in dieser Sache im Dezember 05 aufgehoben, und als Juraprofessor an der Universität Lyon-III erhielt Gollnisch aufgrund derselben Angelegenheit vor einem Jahr ein fünfjähriges Lehrverbot (faktisch bis zu seiner Pensionierung) bei Halbierung seines Gehalts auferlegt. Sein (sicherlich erheblich primitiverer) „Parteifreund“ Georges Theil, der in seinen Äußerungen noch viel weiter ging als Gollnisch, fühlte sich daraufhin durch die Ausfälle des Fraktionsvorsitzenden und Juraprofessors offenkundig ermutigt.

Es handelt sich nicht um die Erstlingstat des rechtsextremen Regionalpolitikers Georges Theil. Aufgrund ähnlicher Äußerungen ist er bereits im Jahr 2001 zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe, und am 7. Oktober 2005 im westfranzösischen Limoges zu einer Haftstrafe von sechs Monaten (diesmal ohne Bewährung) verurteilt worden. Letztere Verurteilung ist zur Zeit noch nicht rechtskräftig, da Theil Berufung eingelegt hat. Sobald das letztinstanzliche Urteil in dieser Sache fällt und zusätzlich das jetzt am 3. Januar ergangene Urteil bestätigt wird, dürfte Theil der erste Holocaustleugner sein, der nicht nur verurteilt wird, sondern auch tatsächlich im Gefängnis übernachten muss. Die beiden Urteile gegen ihn sind die ersten, bei denen Haftstrafen im Zusammenhang mit dem Strafgesetz gegen die „Leugnung oder Relativierung von Verbrechen gegen die Menschheit“ von 1990 ohne Bewährung verhängt worden sind.


Geschändete Gräber in Carpentras

Das französische Strafgesetz gegen Holocaustleugnung

Die Holocaustleugnung steht in Frankreich seit der „Loi Gayssot“ vom 13. Juli 1990, einem Zusatzgesetz zum Antirassismus-Strafgesetz von 1972 (das den Namen des damaligen KP-Parlamentariers und späteren Ministers Jean-Claude Gayssot trägt), als spezifischer Tatbestand unter Strafe. Die Verabschiedung dieses Gesetzestext war damals als Reaktion auf die Schändung des jüdischen Friedhofs im südfranzösischen Carpentras vom 8. Mai 1990 erfolgt, die eine Welle von Mobilisierungen gegen Antisemitismus und Negationismus (französischer Ausdruck für Geschichtsrevisionismus oder Holocaustleugnung) auslöste. Allein in Paris hatten im Mai 1990 rund 200.000 Menschen demonstriert, unter Beteiligung aller Parteien mit Ausnahme des Front National. Die rechtsextreme Partei hatte in den Folgejahren versucht, die Erinnerung daran zu ihrer Rehabilitierung zu nutzen, da die Täter zunächst jahrelang nicht gefasst werden konnten und u.a. ein Teil der Sensationspresse deswegen Zweifel an den tatsächlichen antisemitischen Motiven hinter der Friedhofsschändung weckte. Die entsprechenden Presseberichte tendierten im Nachhinein eher zu einer Tat „einer satanistischen Sekte“ oder einer seltsamen Mutprobe drogenberauschter Jugendlicher. Dagegen sprach die extreme Rechte von Anfang an von einer „Manipulation“ gegen den Front National, beschuldigte „Moslems“ oder „Kommunisten“. Am 11. November 1995, die Täter waren noch ungefasst, charterte der Front National eigens einen „Zug der Wahrheit“ von Paris nach Carpentras und demonstrierte dort, um eine „Entschuldigung von Staats wegen“ zu fordern, da er in dieser Sache zu Unrecht an den Pranger gestellt worden sei. Aber am 31. Juli 1996 stellte sich einer der Täter, ein ehemaliger Neonazi, der mittlerweile zu Buddhismus und Gewaltlosigkeit konvertiert war und die barbarische Schändung (bei ihr war die frisch beerdigte Leiche des 83-jährigen Félix Germon auf den Stiel eines Sonnenschirms aufgespießt worden) bereute. Daraufhin konnten die wirklichen Täter gefasst werden, und vier (ehemalige) Neonazis wurden verurteilt – keine Mitglieder des Front National zwar. Aber der reuige Urheber des Geständnisses, das die Verhaftungen ausgelöst hatte, sprach sehr wohl von Anfang an davon, er sei damals „durch den Diskurs des Front National beeinflusst gewesen“.

Der Lyoner Prozess

In dem jüngsten Prozess in Lyon, der mit dem Schuldspruch vom 3. Januar 06 zu Ende ging, wurde Georges Theil durch den berüchtigten Negationisten-Anwalt (und ehemaligen Parlamentskandidaten, der 1997 nördlich von Paris für den Front National kandidiert hatte) Eric Delcroix vertreten, der selbst geschichtsrevisionistischen Thesen aktiv anhängt.

Zu seiner gerichtlichen Anhörung im Rahmen des Prozesses am 29. November 05 ließ Theil niemand anderen als den wohl prominentesten französischen Auschwitzleugner laden, den ehemaligen Hochschullehrer Robert Faurisson. Faurisson versuchte den Prozess in ein Tribunal gegen die angeblich erlogene Existenz der Gaskammern umzukehren (vgl. dazu den ausführlichen Bericht in Libération vom 30.11.2005). Aufgrund dessen wurde das Gericht aber nicht eben positiv für Theil beeinflusst, wohl eher im Gegenteil.

→

Fortsetzung von Seite 7

Kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 05, versuchte der auf Holocaustleugner-Prozesse spezialisierte Anwalt Eric Delcroix eine erneute gerichtliche Anhörung seines Mandanten durchzusetzen. Dieses Mal berief der Verteidiger sich in seinem Brief an den Vorsitzenden der 6. Strafkammer auf die Äußerung von Präsident Jacques Chirac vom 9. Dezember 2005: Anlässlich einer Ansprache hatte der Staatspräsident betont, es sei „nicht Aufgabe des Staates, die Geschichte zu schreiben“, sondern dies sei vielmehr Aufgabe der Historiker. Das hatte Chirac aber lediglich zur Beruhigung der Polemik rund um das Gesetz vom 23. Februar 2005 (das Lehrer und Forscherinnen verpflichten soll, eine „positive Rolle“ des französischen Kolonialismus anzuerkennen, und das von Wissenschaftlern und Historikern als „Aufzwingen einer offiziellen Geschichtsversion“ attackiert wurde und wird) geäußert.

Eine Petition von 19 prominenten Historikern, die am 12. Dezember 2005 veröffentlicht wurde, forderte ferner die Abschaffung aller Gesetze, die die Debatte um geschichtliche Ereignisse regulieren sollen. Ihre Forderung betrifft das äußerst kritikwürdige Gesetz vom 23. Februar 05, aber auch die „Loi Gayssot“ (siehe oben) sowie zwei Gesetzestexte aus dem Jahr 2001, mit denen das französische Parlament damals den Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg sowie die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschheit anerkannte. Dieses Amalgam wurde deswegen z.T. scharf kritisiert, auch wenn es den 19 Historikern sicherlich nicht um eine Beförderung von Holocaustleugnung ging, und rief wiederum eine Gegenpetition von 32 Prominenten hervor.

Selbstverständlich bezog Eric Delcroix sich ebenfalls auf die Petition der 19 Historiker und versuchte, auch diese für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Dies war sicherlich nicht im Sinne der Unterzeichner, obwohl sich damit im Prinzip nur ein Risiko verwirklichte, mit dem dieselben hätten rechnen müssen. Vor der Lyoner 6. Strafkammer kam der rechtsextreme Verteidiger damit freilich nicht durch, es lehnte den Antrag auf Neueröffnung der gerichtlichen Debatte ab (der „mediale Schaum“ vermöge dies allein nicht zu rechtfertigen). Stattdessen wurde wenige Tage später das Urteil gegen Theil bekannt gegeben.

Bleibt zu hoffen, dass der rechtsextreme Regionalparlamentarier wirklich, in absehbarer Zeit, sein Haupt hinter Gittern betten müssen wird. Seine „Auffassungen“, die mit Sicherheit aufklärungs- und faktenresistent sein dürften, lassen sich so zumindest für alle Anderen sichtbar sanktionieren.

Bernhard Schmid, Paris ■

Celle sagt NEIN!

zum Neonazi-Aufmarsch am 28. Januar 2006

Über 40 Organisationen haben sich bisher in einer Resolution gegen den geplanten Aufmarsch faschistischer Kräfte in Celle ausgesprochen. In der Resolution heißt es: „Wir protestieren gegen den Aufmarsch so genannter Freier Kameradschaften und anderer rechtsextremistischer Gruppen am 28. Januar 2006 in Celle. Dieser Aufmarsch, einen Tag nach dem Internationalen Holocaustgedenktag, ist gegen das Erinnern an die Ermordung der Juden und Millionen anderer Opfer des Nationalsozialismus gerichtet. Der Vorbeimarsch der Nazi-Demonstration am Denkmal in den Triftanlagen für die Todesopfer des Massakers am 8. April 1945, der so genannten „Celler Hasenjagd“, würde eine unerträgliche Diffamierung der Opfer darstellen.

Wir treten dem Versuch entgegen, die deutsche Vergangenheit zu leugnen oder zu verfälschen und rufen die staatlichen Behörden auf, den §130 StGB (Volksverhetzung) entschieden anzuwenden, gegen den sich die Neonazi-Aufmärsche in Celle, Berlin, Dortmund und Karlsruhe im Besonderen richten.

Wir wenden uns gegen die Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus durch rechtsextremistische Gruppen in unserer Stadt. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit ihren gewaltfreien Protestformen an den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch zu beteiligen, um ihn möglichst schon im Vorfeld zu verhindern.“

Die Stadt Celle hat die angemeldete Kundgebung der Rechtsextremen, angemeldet durch Christian Worch, verboten. Sollte das Verwaltungsgericht das Verbot kippen, werden den Rechtsextremen Auflagen gemacht. Diese sind u. a.: Keine Fahnen, Trommeln, Fackeln, Springerstiefel.

Mehr Neonazis als erwartet

Nach Informationen der Antifaschistischen Aktion Celle (AAC) ist das Konzept der Neonazis um Christian Worch geplatzt, parallel in vier Städten zu Aufmärschen zu mobilisieren. „Die Anmeldung für Berlin ist unserer Kenntnis nach zurückgezogen,“ gab der Pressesprecher Roland Kräft bekannt. Für den in Celle geplanten Aufmarsch könne dies allerdings die Konsequenz haben, dass die so genannten „Autonomen Nationalisten“ aus Berlin sich an der Nord-Demonstration in Celle beteiligen.

Hintergrund dafür ist die Ankündigung in Internet-Foren der Rechtsextremisten, wonach eine ihrer vier (bundesweit mobilisieren Neonazis zu Aufmärschen in Berlin, Karlsruhe, Dortmund und Celle) für den 28.1.2006 geplanten Demonstrationen abgesagt wurde. Aufgerufen wird über das Netzwerk der so genannten „Kameradschaften“ mit dem Neonazi Christian Worch aus Hamburg als Drahtzieher; in Celle wird er von Daniel Gräf unterstützt, der Mitglied im so genannten „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) ist. Offiziell wenden sich die Neofaschisten mit ihren Demonstrationen gegen staatliche Repression und den § 130 StGB (Volksverhetzung).

Da die Rechten nun nicht mehr in Berlin marschieren wollen, besteht die Befürchtung, dass das dort mobilisierbare Potenzial an dem Tag nach Celle umgeleitet werden soll.

Um so wichtiger ist nach Ansicht von Roland Kräft, dass sich möglichst viele Menschen an den Protesten gegen den geplanten Naziaufmarsch beteiligen: „Wir wollen an diesem Tag ein deutliches und unmissverständliches Zeichen gegen Rassismus und Intoleranz setzen“, so Kräft. In diesem Zusammenhang verurteilte der Pressesprecher der AAC ausdrücklich die von der Celler Polizeiführung an die Wand gemalten völlig unrealistischen „Gewaltszenarien“. Diese dienten nur dazu, Menschen zu verunsichern und so den Protest gegen den rechten Aufmarsch zu schwächen; damit würde man nur den Nazis in die Hände spielen.

Antifaschistische Aktion Celle (AAC), 27.12.2005 ■

Berichtigung für antifa nachrichten 25-26-2005

Im Artikel „Burschen raus aus der SPD“ muss es heißen:... Im Gegenteil, der CDA, wichtigster Zusammenschluss von korporierten Dachverbänden, dem auch die DB angehört, „verwahrte sich im Namen von rund 1.000 Studentenverbindungen mit ca. 150.000 Mitgliedern mit Entschiedenheit...“ (und nicht 100 Studentenverbindungen wie ich geschrieben hatte.) erk ■

Freunde des „blauen Bluts“ mit nicht immer „feinem“ Umgang

Monarchistischer Verein „Tradition und Leben“ mit Rechts-Kontakten

von Thomas Klaus

Dass die Nationalsozialisten monarchistische Vereinigungen verboten und manche Widerstandskämpfer gegen das Naziregime einen adeligen Hintergrund hatten, „verkauft“ der Verein „Tradition und Leben“ (TuL) gerne als Argument für seine demokratische Standfestigkeit. Jedoch: Manche TuL-Kontakte sind aus Sicht von Rechtsextremismus-Rechercheuren durchaus bedenklich.

„Tradition und Leben“, die einzige republikweit rührige monarchistische Vereinigung mit knapp 300 Angehörigen, geht auf den 1918 gegründeten „Bund der Aufrechten“ zurück. Der brachte es in den dreißiger Jahren auf immerhin 100.000 Mitglieder. TuL wurde 1956 aus der „blaublütigen“ Taufe gehoben, unter anderem mit Hilfe von Otto Schmidt-Hannover. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) im Reichstag war im April 1933 an diese Funktion gekommen: Sein Vorgänger hatte nämlich im Gegensatz zu ihm die Kooperation mit der NSDAP abgelehnt.

Kaiserkrone als „Symbol der Freiheit“

Nach den Vorstellungen von „Tradition und Leben“ (Untertitel: „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens“) soll aus der Bundesrepublik eine parlamentarisch-demokratische Monarchie werden, in der das Amt des Bundespräsidenten gegen das des Deutschen Kaisers ausgetauscht wird – allerdings aufgewertet durch zusätzliche Autorität. Bejaht wird eine Erbmonarchie. Aus Vereinssicht ist der Thronanwärter der jeweilige Chef des Hauses Hohenzollern.

Einer der vermeintlichen Gründe für die Wiedereinführung der Monarchie laut Selbstdarstellung des Vereins: „In der Monarchie steht nicht nur der Mann als Staatsoberhaupt an der Spitze, sondern eine Familie. Damit wird sowohl ihre wie die Stellung der Frau aufgewertet.“

Zum Vereinssymbol proklamierte „Tradition und Leben“ die Krone des Deutschen Kaiserreiches. Die Krone sei „das Sinnbild der Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes. Sie ist das verpflichtende und versöhnende Symbol für das ganze Volk.“ Auch ein zündendes Motto überlegte man sich, nämlich: „Wir setzen der Demokratie die Krone auf!“ Kernelement der Öffentlichkeitsarbeit ist das zweimonatlich erscheinende Heft „Erbe und Auftrag“.

Als aktueller Vorsitzender des Vereins, der seinen Sitz im niedersächsischen Lüneburg hat, fungiert Knut Wissenbach (Jahrgang 1966). Der hat auch schon für die stramm rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zur Feder gegriffen. Umgekehrt wurden in „Erbe und Auftrag“ Beiträge von Autoren abgedruckt, die ursprünglich aus der „Jungen Freiheit“ stammten.



Unter den Anzeigenkunden von „Erbe und Auftrag“ findet sich zum Beispiel der Regin-Verlag. Im Sortiment hat er unter anderem Bücher von Julius Evola, eines intellektuellen Wegbereiters des italienischen Faschismus, auf den sich in den achtziger Jahren die italienischen Rechtsterroristen von den „Bewaffneten revolutionären Zellen“ beriefen.

Die Arbeit des Vorstands, der sich alle zwei Jahre Neuwahlen stellen muss, wird durch mehrere Arbeitskreise in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik unterstützt. Der größte und engagierteste Arbeitskreis ist der in Berlin-Brandenburg. Wahrscheinlich kein Zufall ist es da, dass zwischen „Tradition und Leben“ und der „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ Berührungspunkte vorhanden sind – beispielsweise in der Person des ehemaligen TuL-Vorsitzenden Professor Dr. Wolfgang Stribrny. Im Beirat der „Preußischen Gesellschaft“: Fürst Ferdinand von Bismarck, der Urenkel des Reichskanzlers Otto von Bismarck. Der Fürst unterstützt die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“, referiert vor der vom Verfassungsschutz beäugten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) und steht als Schirmherr dem „Bismarckbund“ zur Seite. Dem Bismarckbund können Kontakte zu rechtsextremistischen Kreisen nachgewiesen werden. Sogar militante Neonazis wurden schon mit dem „Bismarckorden“ bedacht, der in Silber oder Gold ans Revers geheftet wird – oft von Fürst Ferdinand von Bismarck persönlich.

Folgt man der Selbstdarstellung des Vereins, dann geht die Gründung des „Preußeninstituts“ letztlich auf ihn zurück. Auf der Jahrestagung 2002 des „Preußeninstituts“ war Albrecht Jebens der Starredner. Das damalige Vorstandsmitglied der rechtsextremistischen, vom Verfassungsschutz observierten „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) wurde als Geschäftsführer des erzkonservativen „Studienzentrums Weikersheim“ bekannt. Eine Zusammenarbeit zwischen TuL und „Preußeninstitut“ besteht nach wie vor; auch personelle Überschneidungen sind Fakt – so etwa in Form von Dr. Rolf Sauerzapf, der an TuL-Veranstaltungen teilnahm und zugleich im „Preußeninstitut“ tätig ist. Der ehemalige Pfarrer beim Bundesgrenzschutz ist ein scharfer und aktiver Kritiker des „Linkskurses“ in der Evangelischen Kirche. Er ist aber zum Beispiel auch für das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA) zu begeistern, das 1976 von dem einstigen NPD-Funktionär Peter Dehoust (Chefredakteur und Herausgeber des ultrarechten Strategieorgans „Nation Europa“) mitbegründet wurde. Das HSA kämpfte jahrzehntelang für das Apartheid-Regime in Südafrika und somit für die Rassentrennung. Noch heute ist es präsent – als „Interessenvertreter“ deutscher Siedler in Afrika. Von der Burschenschaft Thuringia in Braunschweig wurde Sauerzapf sogar als HSA-Vorsitzender bezeichnet, nachdem sie ihn für den Februar 2005 als einen der Referenten ihres 12. Braunschweiger Seminars aufgeboten hatte. Weitere Vortragende waren laut Vorankündigung der Burschenschaft der ehemalige „Republikaner“-Landesvorsitzende Professor Dr. Klaus Weinschenk aus Berlin und der Holocaust-Leugner Gerhoch Reisegger aus Österreich.

(Ja, es stimmt beispielsweise: Keine Gruppe ist auf der Totenliste des 20. Juli 1944 stärker vertreten als der preußische Adel. Es stimmt aber beispielsweise auch: Die „Deutsche Adelsgenossenschaft“ als größter Adelsverband führte frühzeitig den „Arierparagraphen“ ein. Und: Fast jeder fünfte SS-Obergruppenführer war adelig...) ■

Den Nazis die Idylle in Hoch-Weisel nehmen

Seit nunmehr fast einem Jahr wohnen in dem Butzbacher Ortsteil Hoch-Weisel die führenden Köpfe der „Freien Nationalisten Rhein-Main (FNRM)“. Nachdem sie in Nidderau-Heldenbergen ein Haus gemietet hatten und dieses nach massivem öffentlichen Druck verlassen mussten, haben sie in Butzbach/Hoch-Weisel ein großes Anwesen samt Wohnhaus, Scheune, Hof und Garten gekauft. Nach eigenen Angaben soll hier ein neues „nationales Zentrum“ entstehen. Dementsprechend fanden bereits zahlreiche Treffen und Feiern statt. Diese Entwicklung wird von den AnwohnerInnen jedoch weitestgehend ignoriert.

In dem Anwesen in der Langgasse 16 in Butzbach/Hoch-Weisel wohnen unter anderem Marcel Wöll, Christian Müller, Janine Bedau und Maximilian Elser. Allesamt sind sie einschlägig bekannt als militante Neonazis, und seit mehreren Jahren überregional aktiv. So pflegen die FNRM rege Kontakte zu anderen militanten Neonazi-Vereinigungen wie beispielsweise dem „MSC 28“ aus Limburg und der „Schwarzen Division“ aus Wiesbaden. Sie erscheinen gemeinsam bei Aufmärschen und anderen Veranstaltungen, und sind häufig in deren Organisation integriert. So trat Marcel Wöll bei verschiedensten Veranstaltungen als Redner auf, wie im Juni diesen Jahres bei einer Saalveranstaltung zu dem Thema „Nationalismus — Europas Zukunft!“.

In der „nationalen Wohngemeinschaft“ finden regelmäßig Vernetzungstreffen statt, bei denen auch Neonazis aus überregionalen Gegenden anzutreffen sind.

Berichten von AugenzeugInnen zu Folge wird das Anwesen besonders an Wochenenden stark von auswärtigen Neonazis frequentiert. Es ist davon auszugehen, dass in der Langgasse 16 Kadertreffen abgehalten und Organisationsarbeit im Verborgenen betrieben werden.

Antifaschistischen Widerstand fürchten die Neonazis offensichtlich nicht, bisher stattgefundene Veranstaltungen in Butzbach/Hoch-Weisel wurden offensiv provoziert und gestört.

Ein Vortrag zu rechtem Lifestyle und insbesondere den „Freien Nationalisten Rhein/Main“ im Juli 2005 wurde direkt zu Anfang durch das Erscheinen einer Gruppe einschlägig bekannter Neonazis aus der Region gestört. Diese traten selbstbewusst und bürgernah auf, und versuchten in Diskussionen von VeranstalterInnen und BesucherInnen zu intervenieren. Schon hier war das offensive Verhalten der Neonazis in der Gemeinde auffällig, bis zum Infostand am 28. August steigerte es sich allerdings noch. Bei dieser Informationsveranstaltung nahe der „nationalen Wohngemeinschaft“ zeigten die Neonazis ein weiteres Mal, dass in Zukunft wohl ständig mit ihnen gerechnet werden muss. In kleinen Gruppen oder alleine besuchten sie – zum Teil bewaffnet und offensichtlich gewaltbereit – den Infostand. Ihrem Verhalten nach zu urteilen erwarteten sie jedoch keine Gegenwehr der dortig Anwesenden.

Zudem tauchten innerhalb der letzten Monate mehrere Flugblätter der Neonazis auf, in denen sie versuchten BürgerInnen für ihre unmenschliche Ideologie zu sensibilisieren und zugleich die antifaschistischen Bestrebungen bezüglich der „nationalen Wohngemeinschaft“ zu denunzieren.

Die Strategie der Neonazis, ein gutbürgerliches Nachbarschaftsverhältnis zu den AnwohnerInnen zu entwickeln, geht vollends auf, wie zwei Berichte der Hessenschau im HR-Fernsehen (3. Mai + 28. August) belegen.

Antifaschistischer Widerstand ist von der Dorfgemeinschaft nicht erwünscht, stattdessen wird die Situation heruntergespielt und falsch interpretiert. Ernst gemeinte linke Bestrebungen, der Entwicklung im Dorf etwas entgegen zu setzen, werden von den AnwohnerInnen mit faschistischer Ideologie gleichgesetzt, und antifaschistische Aktionen als das eigentlich störende verstanden.

Dieses Dilemma wird auch durch den „Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel (ADHW - Forum gegen Braun)“ deutlich. Dieser wurde von einigen BürgerInnen ins Leben gerufen, verdeutlicht jedoch gleich im ersten Flugblatt, dass hier keine emanzipatorischen Perspektiven zu erwarten sind. So lautet eines der formulierten Ziele: „unser System verteidigen gegen totalitäre Ideologien von links und von rechts“. Die Neonazis selbst dürften von dieser Entwicklung höchst erfreut sein, da gerade die Ruhe, die ihnen die Dorfgemeinschaft gewährt, von Anfang an erwünscht war.

Ob das Bild der Neonazis „als nette Nachbarn“ jedoch durch die Ende Oktober erfolgten Hausdurchsuchungen im Hoch-Weiseler Anwesen und in vier weiteren Wohnungen aus dem Umfeld der FNRM, Risse bekommen hat, ist offen. Nach Angaben des Polizeiberichts besteht im Falle der FNRM der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung.

In Zukunft muss Butzbach/Hoch-Weisel verstärkt in den Fokus antifaschistischer Arbeit gerückt werden, gerade im Hinblick auf den 2007 in Butzbach stattfindenden Hessentag. Es gilt, die Desinformationspolitik von BürgerInnen und Polizei weiter auf allen Ebenen anzugreifen, und den Nazis keine Ruhe zu lassen.

Weitere Informationen zu Demonstrationen oder anderen Aktionen unter: www.antifa-wetterau.de.vu und www.bash-kampagne.tk



STUTTGART. Am Samstag, den 10.12., hat das Antifaschistische Aktionsbündnis Stuttgart und Region zwei Info-Stände in Welzheim und Alfdorf durchgeführt. In der Region Ostalb kam es in den vergangenen Monaten regelmäßig zu Übergriffen und Drohungen von Nazis. Mit den Info-Tischen sollte ein Zeichen gegen Faschismus gesetzt und zur Information und Diskussion eingeladen werden. Bis zu 60 Menschen waren zeitweise an den Info-Tischen, um sich zu informieren und ihre Solidarität auszudrücken. Zunächst war von der Stadt Welzheim die Erlaubnis für einen antifaschistischen Info-Tisch zurückgezogen worden. Wir haben uns mit diesem Verbot allerdings nicht abgefunden, sondern stattdessen eine Kundgebung angemeldet, die erst nach zähen Verhandlungen mit den Behörden schließlich genehmigt wurde. Damit jedoch nicht genug. Auf dem Weg nach Welzheim wurden AntifaschistInnen von der Polizei über eine Stunde lang festgehalten und der Teil der Auflage unserer Gratisbroschüre beschlagnahmt. Außerdem noch weitere Gegenstände unseres Info-Tisches. In Welzheim selbst waren zahlreiche Beamte des polizeilichen Staatsschutzes sowie der Bereitschaftspolizei präsent. Auch sie versuchten mehrmals Flugblätter zu beschlagnahmen, die Verteilung unserer Broschüre und Flugblätter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu verhindern. Offensichtlich sollten unsere Aktivitäten möglichst weitgehend behindert und eingeschränkt werden.

Vorwand des Vorgehens der Polizei waren Abbildungen von Hakenkreuzen im eindeutig antifaschistischen Kontext. Es wurde versucht einen Paragraphen, der die Verbreitung faschistischer Propaganda verhindern soll, gegen AntifaschistInnen anzuwenden. Dieses Vorgehen wird in den letzten Monaten vom polizeilichen Staatsschutz immer massiver betrieben. Durch die zahlreiche Beteiligung von stetig zwischen 30 und 60 Menschen an unseren Infotischen, ist es uns dennoch gelungen unsere Aktivitäten wie geplant stattfinden zu lassen. Mehr Informationen zur Kampagne unter:

www.antifa-kehrwochen.de ■

Protest gegen Abschiebung togolesischer Flüchtlinge*

SCHWERIN. Flüchtlingsinitiativen haben am Dienstag vor dem Schweriner Innenministerium mit Transparenten, Trompetenmusik, Sprechchören und Trauerflor gegen die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nach Togo demonstriert. Zudem übergaben sie rund 350 Protestunterschriften an Vertreter des Ministeriums.

Nach Angaben der Antirassistischen Initiative Rostock sind seit vergangenem August mindestens fünf Togolesen aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben worden. Das Innenministerium teilte auf Anfrage mit, dass sich drei junge, ledige und kinderlose Flüchtlinge, die am Dienstag abgeschoben werden sollten, der Abschiebung entzogen hätten. Sie seien nicht wie gefordert in der Gemeinschaftsunterkunft erschienen. Ihnen drohe nun die Abschiebehaft.

Epd 21.12.2005 ■

Innenminister Schünemanns Gewaltphantasien stoppen!

HANNOVER. Unter dieser Überschrift hat die Linke PDS Niedersachsen die folgende Presseerklärung herausgegeben: "Pünktlich „zum Fest der Liebe" startete der christlich-demokratisch firmierende nds. Innenminister Schünemann seine Aktion „Elektronische Fußfesseln für gewaltbereite und hasspredigende Asylbewerber". Diese Schünemann-Aktion stellt einen massiven Angriff auf die Menschenrechte und die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit dar, wie sie in jüngster Zeit nur aus dem Hause des G. W. Bush bekannt wurden.

Bisher galt als rechtsstaatlicher Grundsatz, der Staat darf die Freiheit eines Menschen nur einschränken nach einem ordentlichen Gerichtsverfahren zu einem konkreten Gesetzesverstoß oder vorübergehend zur Abwendung einer nachweislich unmittelbaren Gefahr durch einen Tatverdächtigen, per Haftrichterbeschluss. Im krassen Gegensatz dazu will Innenminister Schünemann, die Freiheit von Menschen beschränken, denen kein Gesetzesverstoß vorgeworfen werden kann! Solches „Recht" der Regierung gab es in Deutschland unter dem Nazi-Regime, wo „Regimegegner" in „Schutzhaft" genommen wurden. Tatsächlich ist Innenminister Schünemann auch schon im Bundesrat mit solch einer Gesetzesinitiative zur „Schutzhaft" gescheitert!

Alle Demokraten sind gefordert hier Widerstand zu leisten. Die Linkspartei. PDS Niedersachsen fordert von Ministerpräsident Wulff, die Entlassung von Innenminister Schünemann, wegen Verstoß gegen seinen Amtseid. Wir erwarten von der SPD/Grünen-Opposition im Landtag, dass sie mit gleicher Entschiedenheit reagiert.

Ansonsten bleibt festzustellen, dass Innenminister Schünemann, scheinbar keine Probleme hat mit den deutschen faschistischen „Hasspredigern" gegen „Ausländer" und ihrer Gewaltpraxis, die er aus Polizeiberichten kennt. Statt dessen verteidigt er hier das „Recht deutscher Faschisten" auf Demonstrationsfreiheit und lässt die Antifaschisten verprügeln."

Pia Zimmermann, Migrationspolitische Sprecherin des Landesvorstandes
Hans-Georg Hartwig, Mitglied des Landesvorstandes
Die Linke/PDS Hannover, 2.1.06 ■

Menschen sind nicht nur Kostenfaktoren, Herr Schünemann!

Unter dieser Überschrift haben Organisationen und Einzelpersonen am 24.12.2005 in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung eine Anzeige gegen Schünemanns Ausführungen zum Bleiberecht veröffentlicht. Der Text lautet: „Zur Begründung, warum Sie ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge ablehnen und nur die in Deutschland ausgebildeten Kinder mit einem Aufenthaltsrecht versehen wollen, haben Sie in einem NDR-Interview am 8.12.2005 ausgeführt: „...wenn man mit 45 Jahren 1.500 Euro verdient, und das bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr durchhält, dann hat man einen Rentenanspruch von 325 Euro, mit allen Sozialleistungen, die man dann zusätzlich bekommt, macht das etwa 600 Euro aus. Das ... ist für die Gesellschaft insgesamt auf jeden Fall eine Belastung." Sie müssen eigentlich wissen, dass Humanität nicht zum Nulltarif zu erhalten ist. Bestimmt der Nutzwert der Arbeitskraft für Sie den Wert eines Menschen? Warum spielen Sie die Generationen gegeneinander aus? Welche Folgen hat Ihre Argumentation für den Umgang mit inländischen Rentenempfängern? Hat der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie für Ihre Partei keine Bedeutung mehr?

Sie wissen selbst, Herr Minister, dass die geduldeten Flüchtlinge durch Arbeitseinschränkungen und Arbeitsverbote daran gehindert werden, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Sie drehen den Betroffenen einen Strick daraus. Allein in Niedersachsen leben ca. 13.000 Flüchtlinge mit einer „Duldung" seit fünf und mehr Jahren unter uns. Kirchen, DGB, Flüchtlingsräte, Selbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren ein allgemeines Bleiberecht für diese Menschen – einschließlich der Möglichkeit, ohne alle Einschränkungen zu arbeiten. Wir erwarten von Ihnen, diese Menschen nicht als Kostenfaktoren zu behandeln, derer man sich einfach durch Abschiebung entledigt. Die langjährig geduldeten Flüchtlinge gehören zu uns, sie haben ein Anrecht auf eine Politik, die dies anerkennt."

bee ■

Aufstehen gegen Abschiebungen

FRANKFURT. Seit einiger Zeit überzieht der Flughafenbetreiber Fraport DemonstrantInnen mit Hausverboten und bekam darin vom Amts- und Landgericht Frankfurt Recht. Begründung: der Flughafen sei privat, das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelte hier nicht. Das Flughafengelände wird vom öffentlichen zum privaten Raum umdefiniert, das Hausrecht des Betreibers über das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit gestellt.

Der Bundesgerichtshof hat den Termin für die mündliche Verhandlung in Sachen Hausverbot am Frankfurter Flughafen festgelegt. Die Verhandlung findet statt am 20. Januar 2006 um 9 Uhr vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe im Saal N 004.

Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main ■

50.000 Migrant/innen seit über 10 Jahren ‚geduldet'

BERLIN. Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. nach der Situation von in Deutschland geduldeten Personen liegt nun eine Antwort der Bundesregierung vor (BT-Drs.16/307). Demnach leben 47.995 Personen seit über zehn Jahren mit einer so genannten Duldung in der Bundesrepublik. Weitere 5.426 leben mit einer Aufenthaltsgestattung als Asylbewerber/innen ebenfalls seit mehr als zehn Jahren hier.

Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.: „Diese 50.000 Menschen, die aus ihrer alten Heimat fliehen mussten, leben nach den uns nun vorliegenden Zahlen schon über zehn Jahre in Deutschland. Sie leben hier unter miesen Bedingungen: Sie sind durch die ‚Residenzpflicht' in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie erhalten gegenüber Deutschen deutlich geminderte Sozialleistungen und leben in Flüchtlingsheimen. Auch von der Gesundheitsversorgung sind sie bis auf absolut notwendige Leistungen ausgeschlossen. Und gleichzeitig droht ihnen beständig die Abschiebung in ein Land, das sie seit über zehn Jahren



nicht gesehen haben. Ebenso ihren Kindern, die dieses Land nur aus Erzählungen kennen. Dieser Zustand allein ist für die Betroffenen eine Katastrophe.

Ein unglaublicher Skandal ist, dass die Bundesregierung angesichts dieser Situation erst einmal ‚das Ergebnis der Evaluation des Zuwanderungsgesetzes‘ abwarten will. Dabei solle ‚insbesondere auch geprüft werden, ob eine befriedigende Lösung des Problems der so genannten Kettenduldungen erreicht worden ist und ob alle Sicherheitsfragen und humanitären Probleme (...) wie beabsichtigt befriedigend gelöst sind.‘

Ich frage mich, welche überraschenden Ergebnisse die Bundesregierung von ihrer Evaluation erwartet. Die vorliegenden Zahlen sprechen ja wohl schon für sich:

Für die ‚Geduldeten‘ hat das Zuwanderungsgesetz auf keinen Fall eine Verbesserung gebracht. Ihre Lage hat sich vielmehr verschlechtert, denn nun gibt es nicht einmal mehr eine Altfall- oder Bleiberechtsregelung. Und trotz der alarmierenden Vielzahl von Betroffenen hat man sich bei der letzten Innenministerkonferenz nicht zu einer humanitären Lösung durchringen können. Die Zahlen zeigen es aber ganz deutlich: wir brauchen für langjährig ‚Geduldete‘ endlich eine generelle Bleiberechtsregelung ohne Einzelfallprüfung!

PM Ulla Jelpke, 21.12.2005 ■

Frankreich: Neuentwurf zu Ausländergesetzgebung

Sarkozys neuer Horrorkatalog

Vorab eine kleine Korrektur: In die vorige Ausgabe der AN hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Bei der geplanten Neuregelung der französische Einwanderungsgesetze soll die Mindest-Aufenthaltsdauer für einen Ausländer, der das Recht auf Familiennachzug wahrnehmen will, nicht (wie aufgrund eines Tippfehlers zu lesen ist) „von zwei auf vier Jahre“ erhöht werden – sondern von einem auf zwei Jahre. Hinzu kamen aber weitere Bedingungen, wie auch nachfolgendem Artikel zu entnehmen ist.

BhS ■

In nächster Zukunft steht in Frankreich eine drastische Verschärfung der Gesetzgebung zur Einwanderung und zum Aufenthalt von Ausländern in Frankreich auf der Tagesordnung. Nähere Einzelheiten dazu wird Innenminister Nicolas Sarkozy wohl an diesem Donnerstag (12. Januar) der Presse bekannt geben. Aber bereits am Dienstag voriger Woche haben acht Initiativen und NGOs einen Entwurf aus Sarkozys Ministerium ins Internet gestellt.

Einen ersten Auftrag zur Neufassung der Einwanderungsgesetze erteilte Innenminister Nicolas Sarkozy bereits Ende September. Doch das, durch die Rechte geschürte, politische Klima nach den Riots in den Trabantenstädten vom November trug erheblich zur Durchsetzbarkeit von Verschärfungen bei. Nicht zufällig hatte Premierminister Dominique de Villepin die Neuauflage der Ausländergesetzgebung am 19. November, auf dem Höhepunkt der politischen Schockwelle infolge der Unruhen, verkündet. Der damals verhängte Ausnahmezustand gilt seit vorigem Mittwoch nicht mehr, aber nun drohen eben längerfristige Verschärfungen in verschiedenen Bereichen.

Im Ausländerrecht zählt zu den geplanten Neuerungen, das Recht auf Familiennachzug zu beschränken. So wird künftig, neben ausreichendem Wohnraum und Einkommen, auch eine „Integrations„bestätigung durch den Bürgermeister erforderlich. Die „republikanische Integration“ wird ferner nunmehr auch für ausländische Ehegatten von französischen Staatsbürgern geprüft, bevor ihnen ein Recht auf Aufenthalt in Frankreich zugesprochen wird. Ein Entwurf aus dem Hause Sarkozy will die Integrationsprüfung sogar auf die französischen Ehepartnerinnen selbst anwenden.

Seit einem Gesetz von Sarkozys konservativem Amtsvorgänger Jean-Louis Debré von 1997 bestand die Möglichkeit, dass ein Einwanderer, der nachweislich seit mindestens 10 Jahren ohne Unterbrechung in Frankreich lebt, seinen Aufenthaltsstatus „legalisieren“ lassen kann. Diese Legalisierungsoption will Sarkozy nunmehr völlig abschaffen. Ferner ist die faktische Abschaffung der so genannten Zehn-Jahres-Karten geplant. Diese 1984 mit den Stimmen aller großen Parteien eingeführten Aufenthaltstitel, die bei Fehlen eines Verweigerungsgrundes verlängerbar sind, stellten de facto eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis dar, die Nicht-EU-Ausländer nach 10 Jahren regelmäßiger Wohndauer in Frankreich erhielten - bisher.

Im Gegenzug soll künftig eine besonders privilegierte Kategorie von Ausländern geschaffen werden, deren Aufenthaltsrecht allerdings auf drei Jahre befristet werden und/oder an das Bestehen ihres Arbeitsverhältnisses gekoppelt werden soll. Dazu sollen Personen mit besonderen „Fähigkeiten oder Talenten“ gehören, die „geeignet sind, auf bedeutende und dauerhafte Weise zur Entwicklung der französischen Ökonomie, zur Ausstrahlung Frankreichs in der Welt“ oder zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beizutragen. Letztere Option spielt wohl auf das französische Interesse an der Knüpfung intensiver Wirtschaftsbeziehungen an. Sie sollen – im Gegensatz zu allen anderen Einwanderern – etwa ein sofortiges Recht auf Familiennachzug wahrnehmen können. Eine solche Förderung liegt völlig im Trend der EU-Politik selektiver Zuwanderung von Hochqualizierten. Früher nannte man so etwas „Brain Drain“, also das Abziehen der fähigsten oder bestausgebildeten Führungskräfte aus ärmeren Ländern – es wurde angeprangert, solange dessen Ablehnung als Argument dafür herhalten konnte, das Asylrecht in Deutschland oder Frankreich (jeweils 1993) einzuschränken.

Jetzt, wo es nur noch ein Bruchteil der früheren Asylsuchenden überhaupt noch in „unsere“ Länder schafft, wird dagegen ganz ungeniert um die Anwerbung der „Besten“ gebuhlt.

Bei Nicolas Sarkozy läuft das unter dem Slogan, der jetzt explizit in dem Entwurf auftaucht: „Kampf der erlittenen Zuwanderung“, gemeint ist: den durch das arme Frankreich erlittenen Einwanderern, „und Förderung der ausgewählten Zuwanderung“.

Bernhard Schmid, Paris ■

Schäuble bedient ausländerfeindliche Klischees

BERLIN. Der neue Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) setzt die unrühmliche Tradition der Anti-Doppelpass-Kampagne von Roland Koch fort und bedient im Hinblick auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg ungeniert ausländerfeindliche Klischees. Mit seinen Plänen zur Verschärfung des Ausländerrechts verfolgt Schäuble die gleiche Absicht wie der Stuttgarter Innenminister Heribert Rech mit dem skandalösen Fragebogen, der einbürgerungswillige Muslime diskriminiert. Die CDU will mit einer reaktionären Innenpolitik den rechten Rand abdecken und dafür auf Kosten von Migrantinnen und Migranten Wahlkampf machen. Schäuble versucht das von seinem Amtsvorgänger Otto Schily (SPD) beackerte Feld von law-and-order wieder für die CDU/CSU zu besetzen, indem er Folteraussagen verwerten, die Bundeswehr im Inneren einsetzen und jetzt das Ausländerrecht verschärfen will. Das Zuwanderungsgesetz hat sich als Regelwerk zur Verhinderung von Einwanderung in die BRD und zur Verschlechterung der Rechtspositionen von Migranten erwiesen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. fordert ein Ende dieser Abschottungspolitik in der BRD und in der EU und tritt beispielsweise für sicheren Aufenthaltsstatus statt Kettenduldungen, sofortige Arbeitserlaubnisse für Asylbewerber, permanente Bleiberechtsregelungen für „Altfälle sowie die Legalisierung des Aufenthalts der so genannten „Illegalisierten ein.

Das Bundesinnenministerium versucht, die anstehende Umsetzung von EU-Richtlinien zu nutzen, um das Zuwanderungsgesetz weiter zu verschärfen durch zahlreiche Änderungen, die mit den Vorgaben der EU in keinerlei Zusammenhang stehen. Abzulehnen sind insbesondere folgende von Schäuble geplanten Verschärfungen:

- die verfassungswidrige Beschränkung des Nachzugs von Ehegatten zu Ausländern und zu Deutschen, wenn der ausländische Partner noch keine 21 Jahre ist,
- die Erschwerung des Zugangs zur unbefristet geltenden Niederlassungserlaubnis und die Forderung des Nachweises eines Krankenversicherungsschutzes als Voraussetzung für die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels, obwohl ein solcher Versicherungsschutz für viele Betroffene nicht erreichbar ist,
- die Speicherung von bis zu 30 Millionen Fotos von Ausländern mit Online-Zugriff für Polizei und Justiz,
- die Ausweitung der Abschiebehaft mit den neuen Haftgründen „Zurückweisungshaft“ und „Durchbeförderungshaft“, wobei die „Durchbeförderungshaft“ sogar ohne richterliche Überprüfung möglich werden soll, wenn vor Ergehen des richterlichen Beschlusses die Durch- oder Rückbeförderung zu erwarten ist, und ein „Abschiebehaftbefehl“ als Voraussetzung für die Festnahme von Ausländern zum Zwecke der Abschiebung oder Inhaftierung künftig entbehrlich sein soll, sowie die Erleichterung der Abschiebung von EU-Bürgern, die bereits vollziehbar ausreisepflichtig werden sollen, bevor ein Gericht über die Rechtmäßigkeit entschieden hat.

Die Fraktion DIE LINKE. wird die Menschenrechtsorganisationen und die Migrantenverbände bei ihrem zu erwartenden Widerstand gegen diese inhumane Politik voll und ganz unterstützen.

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. ■

Aberkennung der Doktorgrade von Anfang an ungültig

Die Aula der Universität Köln war am 12. Dezember 2005 voll besetzt. Am 60. Jahrestag der Wiedereröffnung der Universität nach dem Zweiten Weltkrieg verlas der Rektor, Prof. Dr. Axel Freimuth, vor den Anwesenden eine Erklärung, die sechzig Jahre überfällig war: Die Aberkennung akademischer Grade an der Universität Köln in der Zeit von 1933 bis 1945 war „von Anfang an ungültig“. Der Text der Erklärung:

„Die Universität zu Köln stellt fest, dass durch Organe der Universität in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 im Namen der Universität aus politischen und rassistischen Gründen oder Motiven an Mitgliedern und Angehörigen der Universität Unrecht begangen worden ist. Die Universitätsorgane haben in diesen Jahren Doktorgrade entzogen, Relegationen von Studierenden vorgenommen und Verfolgungen eingeleitet, die zu Entlassungen, Vertreibungen oder Gefährdungen von Leib und Leben geführt haben. ...

Diese Akte der politischen Verfolgung haben die Menschenrechte verletzt. Sie waren willkürlich, menschenverachtend und einer Universität unwürdig. Sie widersprachen zutiefst den humanistischen Idealen, denen sich die Universität zu Köln heute verpflichtet fühlt. Die Universität hat sich an den Opfern dieser Willkürmaßnahmen schuldig gemacht und bekennt sich voller Scham zu ihrer Verantwortung.

Die Universität erklärt weiterhin, dass die Aberkennung des Doktorgrades der nachfolgend aufgeführten Personen wegen Sittenwidrigkeit nichtig ist und daher von Anfang an ungültig war. Die Entscheidungen der damaligen Repräsentanten der Universität zu Köln waren grob willkürlich und menschenverachtend. Die Akten des Universitätsarchivs weisen folgende Personen aus, für die dies mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zutrifft. Aufgrund der lückenhaften Aktenlage ist zu vermuten, daß weiteren Personen Doktorgrade unrechtmäßig entzogen wurden. Die oben aufgeführte Erklärung schließt diesen Personenkreis mit ein. In diesen und in den Fällen der Verfolgungen sieht die Universität es als ihre Aufgabe an, die individuellen Fälle aufzuklären und in jedem Einzelfall darauf hinzuwirken, dass das Recht wiederhergestellt wird.“

Danach trug der Rektor die Namen von 70 Verfolgten vor, denen zu Unrecht der akademische Grad entzogen worden war. An der Veranstaltung nahmen Angehörige von Walter Siegmund Selig Auerbach und Ossip K. Flechtheim teil.

Diese Namen, Daten zu den Personen und Untersuchungen zu einzelnen Akademikern und über das Verfolgungshandeln der Universitätsorgane sind jetzt veröffentlicht worden in dem Buch „Doktorgrad entzogen!“ Aberkennungen akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945. Kirsch-Verlag 2005. Die Forschungsarbeiten zu dieser Dokumentation sind im Wesentlichen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hauptseminars „Die Universität Köln im Nationalsozialismus“, Wintersemester 2003/2004, erstellt worden.

Ein Mitglied des Lehrkörpers der juristischen Fakultät, Professor Hans-Peter Haferkamp, sagte in seinem Referat, wie unfassbar es sei, dass die Universitätsorgane nicht sofort nach 1945 zumindest das offensichtliche Unrecht der Ausbürgerung angeklagt und die damit verbundene Aberkennung der Doktorgrade für ungültig erklärt hätten. Die tapferen juristischen akademischen Würdenträger hatten demnach kein Unrechtsbewusstsein, auch nach 1945 nicht. Der Vortragende wandte sich energisch dagegen, dass mit der juristischen Erfindung „Unwürdigkeit“ Menschen verfolgt werden. Er hielt dieses Konstrukt für verfassungswidrig. Eine juristische Strafverfolgung dürfe nicht durch eine zweite Verfolgung vermehrt werden. Ein Sonderrecht gegen Studierende und graduierte Akademiker lehnte er ab.

Der Historiker Arno Lustiger berichtete über die Geschichte jüdischer Studierender und Akademiker in Deutschland. Nach dem Applaus für seinen Vortrag wandte er sich an den Rektor und bat ihn zuzustimmen, dass er, Arno Lustiger, die Anwesenden auffordern dürfe, eine Gedenkminute für die 70 Verfolgten jetzt zu halten. Die Versammelten erhoben sich dann zu dieser Ehrung.

gba ■

Bundeswehreinsätze im Innern

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten warnt vor dem Vorhaben von Innenminister Schäuble, die Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft vor Stadien, Flughäfen und Mannschaftsquartieren zum Objektschutz einzusetzen. Schäuble wolle die Gelegenheit nutzen, um sein 15 Jahre altes Vorhaben publikumswirksam umzusetzen. Das wäre der nicht hinnehmbare Durchbruch für den generellen Einsatz der Bundeswehr im Inneren, kritisierte VVN-BdA-Vorsitzender Werner Pfennig.

Schäuble hatte vorgeschlagen, das Grundgesetz zu ändern, um Bundeswehreinsätze zur Gefahren- und Terrorabwehr zu ermöglichen. Damit befolgt er die Forderungen aus der Bundeswehrführung, die diese seit langem betreiben. Die VVN-BdA lehnt eine Grundgesetzänderung strikt ab.

Dies legt fest, dass die Bundeswehr allenfalls zur Verteidigung des Landes vorgesehen ist. Alles andere ist verfassungswidrig. In Artikel 87a heißt es:

„Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dies das Grundgesetz ausdrücklich zulässt."

Alarmierend sei auch das Bestreben der Bundesregierung, vom Bundesverfassungsgericht den Abschuss von Passagierflugzeugen genehmigt zu bekommen, die der Verteidigungs- und der Innenminister als von Terroristen gekidnappt ansehen, sagte Pfennig. „Luftsicherheitsgesetz" nennt sich das Gesetz, mit dem die kollektive Todesstrafe für Hunderte von unschuldigen Menschen eingeführt werden soll. „Wer mit Terroristen im Flugzeug sitzt, ist ohnehin schon tot", erklären eiskalt die Regierungsvertreter.

Die VVN-BdA schließt sich auch der öffentlichen Kritik an Wolfgang Schäubles Legalisierung durch Folter erzwungener Aussagen an. Die Verfolgtenorganisation erinnert daran, dass die schleichende Legalisierung der Ermittlungsergebnisse terroristischer Geheimdienst- und Polizeidienststellen jahrzehntelange bundesdeutsche Praxis ist.

Dies äußerte sich in der Übernahme von erzwungenen Aussagen von Nazigerichten und der Gestapo durch Nachkriegsbehörden, die damit unzählige Opfer des Faschismus um ihre Wiedergutmachung oder um die Streichung aus Vorstrafenregister brachten.

Die VVN-BdA appelliert an die Friedensbewegung und die Gewerkschaften, sich - ähnlich wie zu Zeiten des Kampfes gegen die Notstandsgesetze – gegen die Pläne des Innenministers und der Militärs zu wenden. Mit den Notstandsgesetzen von 1968, mit denen die Verfassung verändert wurde, regelte die vorletzte Große Koalition den Bundeswehreinsatz im Spannungs- und Verteidigungsfall. Nun stehen neue Interpretationen und gar Grundgesetzänderungen bevor, die weit über das hinausgehen, was Bundeswehr und CDU damals anstrebten.

Widerstand gegen den Verfassungsbruch ist daher notwendig.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA),
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de,
www.vvn-bda.de

Hintergrundfakten zur Erklärung der VVN-BdA gegen Bundeswehreinsätze im Innern

Kurz nachdem die VVN-BdA die untenstehende Erklärung abgab, sagte Bundeswehr-Minister Franz Josef Jung, er sei gegen die Diskussion über die Änderung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-WM. Wer den Diskurs zu Bundeswehr und Grundgesetz seit 1990 verfolgt hat, kann dazu nur feststellen: Das „Dementi" von Jung besagt nicht, dass das Thema vom Tisch ist, das besagt nur, dass Teile der Regierung für die alte bewährte Praxis eintreten, das Grundgesetz umzuinterpretieren, ohne den Wortlaut der Verfassung zu ändern.

Einsatzort der Bundeswehr ist die ganze Welt, sagte einst Bundeswehrminister Peter Struck, und zur ganzen Welt gehört auch das Innere Deutschlands, sagt die CDU/CSU. Nicht erst seit dem 11. September 2001, als Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber schon millionenfach die Moslems sich in Deutschland erheben sah (Tagesspiegel, 1.10.01), gegen die dann die Truppe aufmarschieren sollen, haben Unionsstrategen die Notwendigkeit betont, den „Wanderungsbewegungen" auf unser Land zu mit Bundeswehr und mit ihren Waffen zu begegnen. So hat der CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe ein Jahr vor dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien bereits diesen Waffengang befürwortet – um, wie er vor Soldaten sagte, die Flüchtlinge fernzuhalten und, wenn sie schon mal da sind, sie zurückzutreiben.

Und so sind Abschiebungen in großem Stil stets die ersten Schritte nach dem bewaffneten Eingreifen. Und auch Einsätze im eigenen Land stehen bevor: „Im Zeitalter weltweiter Wanderbewegungen und internationalem Terrorismus" verwischten zunehmend die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Das schrieb der einstige und neue Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) lt. „Spiegel" vom 3.1.94, um zu fordern, dass die Bundeswehr auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern „notfalls zur Verfügung stehen sollte". Die Wanderungsbewegungen wurden von CDU-Leuten als „Aggression" angesehen. Das war lange vor dem 11.9.01.

Die Hessische Allgemeine (Kassel) berichtete nun am 3. Dezember 2005 und die Süddeutsche Zeitung am 16. Dezember 2006: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat gefordert, bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 auch die Bundeswehr einzusetzen. „Er hat vorgeschlagen, das Grundgesetz zu ändern, um Bundeswehreinsätze im Innern zur Gefahren- und Terrorabwehr zu ermöglichen."

Damit befolgt Schäuble die Forderungen aus der Bundeswehrführung, die diese seit langem betreiben. „Unterhöhlt" werden die „klassischen Unterscheidungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie Krieg und Frieden," heißt es in einem Gutachten des Zentrums für Transformation der Bundeswehr (Waldbröl bei Köln) (lt. „Informationen für die Truppe" 2/2002). Schon Ende Juli 2002 forderten der Ex-Kosovo-Kommandant General Dr. Klaus Reinhardt, die Bundeswehr auch „zu Hause" einzusetzen; schließlich sei es doch die zentrale Aufgabe der KFOR und anderer internationaler Eingreiftruppen gewesen, für „innere Sicherheit" auf dem Balkan zu sorgen. Reinhardt, Chef der einflussreichen Clausewitzgesellschaft, höchstrangiger Gebirgsjägergeneral a.D. der Bundeswehr und Kosovo-Kommandant, hat auf der jährlich stattfindenden gemeinsam von Bundeswehr, Gebirgsjägerveteranen und –reservisten veranstalteten Ehrung von Kriegsverbrechern am Hohen Brendten (Mittenwald) die Unentbehrlichkeit des Vorbilds der Wehrmachtsgebirgstruppe für den heutigen Auftrag der Gebirgsjäger betont: Es sei richtig und notwendig, das „Koordinatensystem ihrer Werteordnung", das der NS-Wehrmachtsgebirgstruppe, an die Bundeswehr weiterzugeben. (Rede am Hohen Brendten, Pfingsten 2002)

Ulrich Sander ■

„Flucht, Vertreibung, Integration“

Ausstellung im Haus der Geschichte

„Flucht, Vertreibung, Integration“ lautet der Titel einer Ausstellung, die seit dem 3. Dezember 2005 im Bonner Haus der Geschichte zu sehen ist. Die Ausstellung widmet sich der Umsiedlung der Deutschen, der „Vertriebenen“-Politik in der BRD und der DDR sowie der Tätigkeit der „Vertriebenen“-Verbände. Sie wird bis zum 17. April in Bonn, danach in Berlin und in Leipzig gezeigt und hat besondere Bedeutung: Sie gilt als Kernstück eines zukünftigen „Zentrums gegen Vertreibungen“, wie und wo auch immer es eingerichtet werden mag.

Das Entscheidende erfährt man gleich am Anfang. Das vergangene Jahrhundert ist – so liest man in großer Schrift – das „Jahrhundert der Vertreibungen“ gewesen. „Vertreibungen und ethnische Entflechtungen waren während des gesamten 20. Jahrhunderts häufig ein Instrument der Großmächtepolitik“, heißt es dazu im Ausstellungskatalog. Grundsätzlich sei also die Umsiedlung der Deutschen dasselbe wie viele andere Vorgänge auch gewesen, lautet die Botschaft. Sie wird gleich zu Beginn der Ausstellung eindrucksvoll manifestiert. Dort werden Beispiele für „Vertreibungen“ genannt: Die Massaker an den Armenierinnen und Armeniern im Osmanischen Reich, der gewaltsame „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechenland und der Türkei, die „Heimholung“ der „Volksdeutschen“, die Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa.



Forderung der Vertriebenenverbände aus dem Jahr 1959

Der revisionistische Kern, der in der gesamten Ausstellung erkennbar ist, zeigt sich hier unmittelbar. Die tatsächlichen Gründe für die Umsiedlung der Deutschen sind vielfältig, sie unterscheiden den Vorgang gerade von den Massakern und Verfolgungsmaßnahmen, mit denen er in der Ausstellung gleichgestellt wird. Dass der singuläre Vernichtungskrieg in Osteuropa die Deutschen nicht gerade beliebt gemacht hat, wird in der Ausstellung beiläufig noch erwähnt. Gänzlich außen vor bleibt hingegen, dass durch die Umsiedlung etwas für alle Zeit verhindert werden sollte, was die Deutschen extensiv zur Kriegsvorbereitung genutzt hatten: Völkische Subversion in den Nachbarstaaten. Den Ausstellungsmachern scheint auch der Gedanke fern zu liegen, dass die Absicht, eine Wiederholung der industriell betriebenen Vernichtung von Millionen Menschen um jeden Preis zu verhindern, den Umsiedlungsmaßnahmen eine Legitimität verliehen haben könnte, die etwa dem „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechenland und der Türkei nicht zukommt.

Historische Kategorien verwischt die Ausstellung konsequent. „Sudetendeutsche demonstrieren schon 1919 gegen die tschechische Staatsregierung, die ihre Minderheitenrechte beschränkt“, liest man: „Das Sudetendeutsche Freikorps verschärft den Konflikt militärisch“. Der Unterdrückung einer Minderheit folge hier ihre nachvollziehbare Radikalisierung, lautet die Botschaft: Kein Wort von der völkischen Außenpolitik der Weimarer Zeit und der NS-Regierung, die die Radikalisierung der „Sudetendeutschen“ bis hin zum Nationalsozialismus förderten.



Das Plakat zur Ausstellung



Plakat des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“, aus den 50er/60er Jahren

Als Nachweis für das „Deutschtum“ in der Tschechoslowakei („rund 3,2 Millionen“) dient übrigens eine Landkarte des Deutschen Archivs für Landes- und Volksforschung aus dem Jahr 1938.

Bemerkenswert sind nicht zuletzt Details aus der Darstellung der „Vertriebenen“-Verbände. „Kämpferisch zeigt sich die Landsmannschaft beim ‚Tag der Pommern‘ im Juni 1960 in Bochum“, heißt es als Erklärung zu einem Foto: „Sie bekräftigt ihre heimatpolitischen Forderungen.“ Heimatpolitische Forderungen? Auf dem Foto ist klar und deutlich ein Transparent zu erkennen: „Pommern gehört uns“.

Die ersten Pläne zu der Ausstellung sind Ende der 1990er Jahre entstanden, als die rot-grüne Bundesregierung ihre erste Amtszeit antrat. Das Projekt erhielt eine Sonderförderung durch die Bundesregierung und wurde insbesondere vom Ministerialdirektor bei der „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“, Knut Nevermann, unterstützt.

Einen treffenden Kommentar hat ein Besucher in dem Buch hinterlassen, in dem man seine Eindrücke aus der Ausstellung niederschreiben kann: „Eine Ausstellung von kalten Kriegern zur Vorbereitung eines neuen.“ *jk* ■

Alle Fotos: Website Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Watergate in Dresden?

www.npd.net

„Volksvertreter sollen zu Spitzeln gemacht werden“ – das ist die Erklärung, die in den verschiedenen Stellungnahmen der NPD zu den drei Austritten aus der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen unisono abgegeben wird. Der Sprecher des sächsischen Verfassungsschutzes, Alrik Bauer, habe gegenüber dem ‚Berliner Tagesspiegel‘ zugegeben, dass seine Behörde im Falle gewählter Abgeordneter dann tätig werden könne, wenn deren Partei als extremistisch eingestuft werde.

Nachdem kurz vor Weihnachten nach Mirko Schmidt und Klaus Baier mit Jürgen Schön der dritte NDP-Abgeordnete seinen Abschied nahm, gab Parteichef Voigt eine persönliche Erklärung ab, in der er die Austritte in eine Reihe stellt mit dem versuchten Verbot der NPD, den „Millionen Euro im Kampf gegen Rechts“, die der Staat verschleudert habe – und jetzt: „Ein operativ gut vorbereiteter Schlag der Geheimdienste mußte her und ich bin der Überzeugung, daß bei dieser Aktion Geld eine Rolle spielt.“ Aber – so Voigt weiter: „Sie haben sich alle verrechnet. Wir wissen noch nicht, welchen Judaslohn die Verräter erhalten haben, doch wir wissen, daß sie uns verraten haben und werden in diesen Stunden des Angriffes auf die NPD geschlossener zusammenstehen als je zuvor. Unsere Gedanken sind zum Jahreswechsel bei Holger Apfel und allen Kameraden der Fraktion, die unserer Solidargemeinschaft die Treue halten. Ihnen gilt unser Dank und unser Vertrauen! Vorwärts Nationaldemokraten, der Kampf um Deutschland wird im kommenden Jahr mit noch größerer Wucht von uns getragen werden!“ Die Diskussion interner Ursachen für die Austritte soll hier offensichtlich gar nicht erst aufkommen, indem sich der Parteichef demonstrativ hinter die Fraktionsspitze stellt.

Die NPD-Fraktion selbst hat sich inzwischen mit einem Brief an Landtagspräsident Erich Iltgen gewandt, in dem sie gegen „die Eingriffe einer Regierung in die Rechte der Oppositionsfraktion“ protestieren. Darin heißt es: „Die Unterstützung des Austretens von gewählten Volksvertretern aus ihrem politischen Wahlverband und ihrer Parlamentsfraktion durch einen von der Regierung gelenkten Geheimdienst bedeutet auf jeden Fall eine schwere Verletzung der verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Landes.“ In dem Brief wird eine Parallele zum US-amerikanischen Watergate-Skandal gezogen. Während es damals lediglich um einen Zugriff des Präsidenten auf Unterlagen einer gegnerischen Partei gegangen sei, liege im sächsischen Fall eine „direkte Destabilisierung des Landesparlaments durch geheimdienstliche Infiltration und Betreuung einzelner Abgeordneter“ vor.

„In Schlammgewittern“

Junge Freiheit 2-2006 vom 6.1. 2006

Das Blatt beleuchtet zwar auch die Rolle des Verfassungsschutzes im Skandal um die ausgetretenen NPD-Abgeordneten, schlägt aber in einem weiteren Kommentar kritische Töne an in Bezug auf das „Personal“ rechter Parteien: „Daß rechte Parlamentsfraktionen nach spektakulären Wahlerfolgen unter unwürdigen Begleitumständen untergehen, scheint in der bundesrepublikanischen Parlamentsgeschichte eher die Regel, denn die Ausnahme zu sein… Zu den inneren Ursachen gehört häufig das Personal. In Wechselwirkung mit der zunehmenden gesellschaftlichen Ächtung und Ausgrenzung rechter Parteien und ihrer Anhänger sammeln sich unter ihren Fahnen einerseits verfolgungsresistente Querulanten, Egomanen und Desperados bis hin zu sich nationalrevolutionär gerierenden NPD-Kadern, andererseits einfache Menschen aus dem Volk in einer Häufung, wie sie in den etablierten Parteien kaum eine Aufstiegschance hätten. Unter dem Eindruck der plötzlichen Teilhabe an großzügigen Einkünften und Finanzierungsmöglichkeiten gehen dabei manchen Abgeordneten leicht die Maßstäbe verloren.“ „Ist die Schlammschlacht erst ausgebrochen, brauchen sich die Gegner … um Munition nicht mehr zu sorgen.“

Wohl wahr und oft erlebt, kann man dazu nur sagen!

„NPD wird die Judasse überleben“

Nationalzeitung 2-2006 vom 6.1.2006

DVU-Chef Dr. Gerhard Frey kommentiert die Austritte von NPD-Abgeordneten in Sachsen persönlich und unterstützt die offizielle Argumentation der NPD, das Ganze sei ein geplanter Coup des Verfassungsschutzes gewesen. Der NPD könne man nur raten, mehr als bisher auf eventuelle Agenten zu achten, so Frey. Ansonsten verteilt er gute Ratschläge: „Wenn die NPD die soziale Frage weiterhin zum Kern des Programms macht und andererseits vom freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat auch dann nicht abweicht, wenn Politiker der alten Parteien Recht und Gesetz rigoros missachten, dann gilt sicher, was die sächsische Abgeordnete der Linkspartei.PDS Kerstin Köditz feststellt: dass die Austritte der drei Wackelkandidaten der Partei langfristig nicht schaden.“

Einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Marktforschung im Auftrag der Sächsischen Zeitung zufolge käme die NPD derzeit allerdings nur noch auf 4 Prozent der Stimmen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre. Bei der Wahl im September 2004 waren es noch 9,2 Prozent. Und finanziell wird sich die geschrumpfte Fraktion auch etwas bescheiden müssen. Die Fraktion muss auf über 80000 Euro verzichten, außerdem ist sie in den Ausschüssen nur noch mit einem statt zwei Mitgliedern vertreten. *u.b.* ■

„2000 Euro Spenden für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende“ , dazu hatten wir aufgerufen. Bis Weihnachten waren 2015,- Euro eingetroffen, dank einer Großspende kurz vor Jahresschluss sind es nun

3015,- Euro! geworden

Allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank!